



Politische Berichte

Nummer 21 / 12. Jahrgang

11. Oktober 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: § 218: Soll das Verfassungsgericht entscheiden? * Tagung des Palästinensischen Nationalrats * Bürgerliche puschen faschistische Parteibildung * Vorbereitung auf IGM-Frauenkonferenz * Bürgermeistertreffen der LL/PDS

CDU für soziale Pflegeversicherung

Der massive Einsatz der Gewerkschaften und anderer sozialer Verbände war erfolgreich

Empört reagierten die Spitzenverbände der Wirtschaft und die FDP auf den sogenannten Tendenzbeschluss des CDU-Vorstands am 30.9.91 zur Pflegeversicherung. Darin wird im Kern der Vorschlag von Arbeitsminister Blüm unterstützt, der eine Pflegeversicherung entsprechend den anderen gesetzlichen Sozialversicherungen beinhaltet. Daß die CDU nicht der immer lautstärkeren Kritik der Wirtschaft — insbesondere der einflussreichen Industriekonzerne und Versicherungsmonopole — gefolgt ist, ist den Gewerkschaften und anderen sozialen Verbänden zu verdanken.

Beim Gewerkschaftstag der IG Bau-Straße-Erden am 29.9. bekräftigte deren Vorsitzender die Unterstützung der Gewerkschaften bei der Durchsetzung einer sozialen Pflegeversicherung. Pflege dürfe nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Gerade die vielfältigen gesundheitlichen Belastungen der Bauarbeiter mündeten häufig in spätere Pflegebedürftigkeit (1).

Die CDU-Arbeitnehmervereinigung (CDA) drohte mit einer Zerreißprobe der Partei, falls sich der CDU-Vorstand für eine privatversicherungsrechtliche Absicherung der Pflegebedürftigkeit oder für den Vorschlag des CDU-Wirtschaftsrates einer doppelten Versicherungspflicht sowohl in einer gesetzlichen als auch in einer privaten Versicherung entscheide.

Tatsächlich sind große Teile der Bevölkerung an einer sozialen Pflegeversicherung stark interessiert: zum einen wollen Pflegebedürftige nicht mit einem Taschengeld abgespeist und von der Sozialhilfe abhängig werden; zum anderen rechnen viele Lohnabhängige in ihre Lebensplanung ein, daß sie irgendwann ein Erbe erhalten und wollen nicht, daß dieses in kurzer Zeit für die Kosten der Pflege ihrer Eltern aufgezehrt wird.

Im Bundesrat sollte am 28.9.91 die erste Lesung des Gesetzentwurfs der

fünf SPD-regierten Länder zur Einführung einer Pflegeversicherung stattfinden, der sich in wesentlichen Aussagen mit dem Blüm-Vorschlag deckt. Die Aussprache fand nicht statt, aus den zu Protokoll gegebenen Debattenbeiträgen geht jedoch hervor, daß die Vorlage auch von den SPD/FDP-regierten Bundesländern unterstützt wird.

Auf diesem Hintergrund beschloß der CDU-Bundesvorstand mit nur einer Gegenstimme den Tendenzbeschluss (2) mit der Kernaussage: Die Grundversicherung für die Pflegebedürftigkeit soll im Rahmen der Sozialversicherung mit einem Beitragssatz von ca. 1,5 % des Bruttoeinkommens erfolgen.

Die führenden Wirtschaftsvertreter hatten Kohl im Falle eines solchen Beschlusses den Kampf angesagt. Sie fürchteten um ihre Position im Konkurrenzkampf wegen steigender Lohnnebenkosten. Denn wenn erst einmal eine Pflegeversicherung nach dem Umlageverfahren beschlossen sei, dann könne nicht verhindert werden, daß die Grenzen einer Grundsicherung in Richtung Vollversorgung verschoben würden (3).

Weitere Punkte des Tendenzbeschlusses:

— Jeder soll gegen das Risiko der Pflegebedürftigkeit pflichtversichert werden. Nicht gesetzlich Versicherte sollen

sich bei Nachweis einer gleichwertigen Absicherung befreien lassen können. Darüber hinausgehende Vorsorge soll privatrechtlich versichert werden.

— Eine Kapitalrückstellung soll stattfinden, damit der Beitragssatz in Zukunft (falls die Zahl der Pflegebedürftigen steigt) nicht stark erhöht werden muß. Dazu soll ein zusätzlicher Beitrag (ca. 0,2 %) erhoben werden.

— Durch die Pflegeversicherung soll die Gesamtbelastung der Wirtschaft nicht steigen. Die dafür notwendigen Entscheidungen müssen zusammen mit dem Gesetz über die Pflegeversicherung verabschiedet werden.

— Im ambulanten Bereich soll Geldleistung gewährt werden (Sachleistung nur ausnahmsweise), im stationären Bereich Sachleistung. Die Pflegepersonen in der häuslichen Pflege sollen sozial abgesichert werden.

— Die Bundesregierung soll in diesem Jahr mit der Gesetzgebung beginnen.

Die CSU signalisierte Zustimmung zu dem Tendenzbeschluss. Die FDP, die bereits mehrmals das Scheitern der Koalition wegen der Pflegeversicherung angekündigt hat, sprach sich erneut gegen jede Beteiligung der Arbeitgeber aus.

Quellen: (1) Handelsblatt, 30.9.; (2) CDU-Pressemitteilung, 30.9.; (3) FAZ, 27.9. — (evo)



Im Kloster gegen Asyl: Zuerst gingen sie in der Barockkirche in sich, dann berieten sie in Klausur über sich, um am Ende völkisch zu verkünden: Die Christen-Union will das Grundgesetz doch ändern, um Ausländer besser verjagen und Asylbewerber besser abblocken zu können. So das Ergebnis der Tagung von CDU- und CSU-Parteivorständen im Kloster Banz, Oberfranken, am 6.10. — (W.W., VSP, Bild: at/mz)

BRD droht Serbien mit Ölboykott

WEU-Truppe nimmt Gestalt an/Genscher setzt sich durch

Die Vorbereitungen für den Aufbau einer europäischen schnellen Eingreiftruppe in Jugoslawien und darüber hinaus laufen jetzt auf Hochtouren. Eine WEU-Arbeitsgruppe hat ein Papier erarbeitet, worin mehrere Optionen für eine Intervention angeboten werden. Gedacht ist u.a. an eine verstärkte logistische Unterstützung für die in Jugoslawien tätigen „EG-Beobachter“, deren Zahl in den vergangenen Wochen kontinuierlich bis auf 2000 Mann aufgestockt wurde. Offiziell ist deren Aufgabe, die Einhaltung der verschiedenen Waffenstillstände zu überprüfen. Das ist aber offenkundig fadenscheinig. Tatsächlich hat diese Truppe eher eine Kundschafterfunktion auszuüben, die die weiteren Optionen der Arbeitsgruppe vorbereiten soll, nämlich die Entsendung von bis zu 30000 Mann bewaffneter Einheiten. Es ist völlig unwahrscheinlich, sollten sich die EG-Imperialisten auf die militärische Option verständigen, daß sie die Soldaten blind in den Schluchten des Balkans landen lassen.

Genscher erklärte, daß auf der Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU die Vorschläge der Arbeitsgruppe von den Ministern „zustimmend zur Kenntnis“ genommen wurden. England, das zunächst noch kritisch die militärische Option betrachtete, ist jetzt mit auf diesen Kurs eingeschwenkt. In einer gemeinsamen britisch-italienischen Erklärung vom 5. Oktober wird die Schaffung einer schnellen Eingreiftruppe der WEU gefordert, die vor allem auch außerhalb des NATO-Gebietes eingesetzt

werden soll. Auch von französischer Seite heißt es jetzt, das Prinzip einer WEU-Aktion sei nun vereinbart.

Das nun schärfere und einheitlichere Vorgehen der EG-Staaten ist sicher auch auf zwei außenpolitische Erfolge des BRD-Imperialismus zurückzuführen. Zum einen gelang es Genscher, die USA von ihrer zurückhaltenden Stellung in der Jugoslawienfrage abzubringen. Der US-Außenminister Baker erklärte auf der UNO-Vollversammlung Serbien als den Hauptverursacher der Krise und übernahm damit die Auffassung der Bundesregierung. Zum anderen gelang es der BRD auf der Menschenrechtstagung der KSZE in Moskau, die sowjetische Regierung zu einer Zustimmung zu der Genscher-Lösung eines „Rechts auf Einmischung“ in die inneren Angelegenheiten eines Staates zu bewegen, während gleichzeitig Polen und die CSFR anboten, sich mit Militäreinheiten an einer Eingreiftruppe in Jugoslawien zu beteiligen. Diese Entwicklungen mußten sich auf die streitende Koalition der EG-Staaten auswirken. Entweder hätten sie sich schroff gegen den BRD-Kurs stellen — oder, was jetzt anscheinend geschieht — deren Politik mitbetreiben müssen, um nicht von einer Koalition aus BRD, Osteuropa und USA abgehängt zu werden. Deutlich wurde jetzt auch, daß es der BRD verstärkt gelingt, die herrschenden Claqueurs in Osteuropa zu einer willfährigen Manövrierarmee für ihre Interessen gegenüber den widerstreitenden Konkurrenten in der EG einzusetzen — (hav)

Hamburg: 8000 forderten Bleiberecht für Flüchtlinge



Anläßlich der zentralen „Einheitsfeierlichkeiten“ am 3.10. demonstrierten in Hamburg ca. 8000 Menschen gegen die reaktionäre Ausländer- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung

und des Hamburger Senats. In den Reden wurde die Verantwortung der Bundesregierung für die faschistischen Übergriffe gegen Ausländer hervorgehoben. — (res; Bild: res)

Bald „deutsche Wolgarepublik“?

Der revanchistische „Bund der Vertriebenen“ frohlockt: Bald werde eine „deutsche Wolgarepublik“ verkündet („Deutscher Ostdienst“, 29.9.). Das hätten der Staatssekretär im Innenministerium Waffenschmidt und der Vorsitzende des Staatskomitees für Nationalitätenfragen der Russischen Föderation in Bonn auf einer Pressekonferenz mitgeteilt. Vom 18.-20.10. soll in Moskau ein „unionsweiter Kongreß der Russlanddeutschen“ stattfinden, beim Besuch Jelzins in Bonn am 21./22.11. ein „Rahmenabkommen für die Zusammenarbeit für die deutsche Wolgarepublik“ unterzeichnet werden. — (rül)

BGH erlaubt kommerzielle Arbeitsvermittlung

Ein erster Schritt, kommerzielle Arbeitsvermittlung einzuführen, ist durch den Bundesgerichtshof (BGH) gemacht worden. Der IV. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hält das „Monopol“ der Bundesanstalt für Arbeit bei der Vermittlung von Führungskräften für verfassungswidrig, es verstoße gegen das Grundrecht auf die freie Berufswahl,

heißt es in einer Ende September veröffentlichten Entscheidung. Bisher hatte der Bundesgerichtshof Arbeitsvermittlungsverträge unter Hinweis auf die Gesetzeslage für nichtig erklärt. Nun sei der IV. Zivilsenat zum umgekehrten Ergebnis gelangt: „Längst habe sich die Vermittlung von Führungskräften praktisch von dem allgemeinen Monopol abgespalten.“

Quellenhinweis: Handelsblatt, 26.9.1991 — (brg/AGK)

26.10.: Demonstrationen gegen den PKK-Prozeß

Am 26. Oktober finden drei Demonstrationen gegen den nun zwei Jahre andauernden Prozeß gegen Mitglieder und Anhänger der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) vor dem Staatsschutzsenat des OLG Düsseldorf und gegen ein seit einigen Monaten laufendes zweites § 129a-Verfahren gegen PKK-Anhänger vor dem OLG Celle statt. Zu den Demonstrationen ruft eine Aktionseinheit von türkischen und kurdischen Organisationen auf. In ihrem Aufruf stellen sie u.a. fest: „Am 2. Jahrestag dieses Prozesses kann jeder Mensch sehen, daß die PKK, die hier verurteilt werden soll, die Bewegung ist, die einen legitimen Kampf da-

rum führt, daß das kurdische Volk einen Platz unter den freien und gleichberechtigten Völkern der Welt einnehmen kann.“ Die Demonstrationen beginnen jeweils um 10 Uhr in Celle (Trifftanlage), Düsseldorf (Cecilienallee, vor dem OLG), Karlsruhe (Marktplatz). — (rül)

IBKA: Kongreß für Trennung von Staat, Religion und Politik

Etwa 150 Vertreter von Verbänden von Konfessionslosen und Atheisten nahmen vom 27. bis 29.9. in Fulda an einem Kongreß des „Internationalen Bundes der Konfessionslosen und Atheisten“ (IBKA) teil, zeitgleich zu der in Fulda tagenden katholischen Bischofskonferenz. In Presseerklärungen forderte der IBKA, „die Praxis der Finanzierung kirchlicher Einrichtungen durch öffentliche Gelder zu überdenken. Es sei ein Skandal, daß christliche Seelsorge in Deutschland seit Jahrzehnten mit Millionenbeträgen aus allgemeinen Steuermitteln bedient würde, die auch von Moslems, Juden, Buddhisten und Konfessionslosen aufgebracht werden. Als Beispiel nannte ein IBKA-Vertreter die Finanzierung der Militärseelsorge aus dem Bundeshaushalt, die etwa 50 Mio. DM jährlich ausmache.“ — (rül)

Nds. Kommunalwahlen: Linke Listen erhalten Ratsmandate

Hannover. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis verliert die CDU — bei einer rückläufigen Wahlbeteiligung von 68,3 % — im Landesdurchschnitt 2,9 %. Hohe Verluste erleidet sie insbesondere in ihren bisherigen Hochburgen (z.B. Osnabrück -4,6 %), gleiches gilt aber auch für die SPD (z.B. Hannover -5,4 %), die im Landesdurchschnitt 0,3 % verliert. Dennoch bleibt die CDU die stärkste Partei mit über 40 % aller Mandate. Rep, NPD und ÖDP erhalten Mandate u.a. in Hannover, Hildesheim, Celle und Delmenhorst. Rechtskonservative Wählergemeinschaften, die in zahlreichen Städten antreten, erhalten häufig Mandate bis zur Fraktionsstärke. Die Grünen verbessern sich im Landesdurchschnitt um 0,9 % und erhöhen ihre Mandate von 115 auf 153. Mit jeweils einem Mandat in Göttingen (1 %), Braunschweig (1 %) und Oldenburg (2 %) sind die als Linke Listen angetretenen Bündniskandidaturen in den jeweiligen Stadträten vertreten. In Hannover verfehlt die Linke Liste mit 0,6 % nur knapp ein Mandat. Die DKP in Nordhorn kann 2 (1,8 %) ihrer bisherigen Ratsmandate verteidigen. — (gec)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Blüm betreibt Nacharbeit

In etwa zwei Monaten will das Bundesarbeitsministerium erneut den Entwurf eines neuen Arbeitszeitgesetzes vorlegen, mit dem u.a. den Kapitalisten erlaubt werden soll, künftig Arbeiterinnen auch nachts zur Arbeit zu zwingen. Das hat ein Vertreter des Arbeitsministerium Anfang Oktober vor dem Bundesverfassungsgericht mitgeteilt. Vor dem Gericht hatten mehrere Kapitalisten geklagt, die wegen Verstoß gegen das Nachtarbeitsverbot zu Bußgeldern verurteilt worden waren. Vor der Gesetzesvorlage will die Regierung noch eine EG-Richtlinie zur Arbeitszeit abwarten, die in etwa zwei Monaten vorliegen soll. Dann wird der Gesetzentwurf vorgelegt.

EG: Krach um „Politische Union“

In der EG gibt es vor dem für Dezember geplanten EG-Gipfel in Maastricht zunehmende Spannungen über den Entwurf eines Vertrages zur „Politischen Union“. Am 1. Oktober lehnten die Außenminister ein von der niederländischen Regierung als Vorsitzender des Rats ausgearbeitetes Papier zum Teil vehement ab. Vertreter der BRD und Frankreich kritisierten, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sei noch nicht konkret genug gefaßt, gleichzeitig gab es Kritik an den vorgeschlagenen zusätzlichen Kompetenzen für das Europaparlament. Knapp eine Woche später verkündeten Genscher und der französische Außenminister Dumas, sie würden ein gemeinsames Papier zur Außen- und Sicherheitspolitik vorlegen. Dieser deutsch-französischen Führung hin zu einer kriegsfähigen EG sollen sich offenbar die anderen Staaten anschließen.

Zentralbanken: Gegen Länder

Am 2. 10. hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Bundesbank verabschiedet, der eine schroffe Zentralisation der Landeszentralbanken (LZBs) vorsieht. Statt bisher elf LZBs in den West-Ländern und einer nach der DDR-Annexion installierten (Ost)-Landeszentralbank soll es künftig nur noch neun Landeszentralbanken geben, die künftig zwei, zum Teil sogar drei alte Länder beaufsichtigen. Das Kabinett vertritt, diese Neuordnung bedürfe nicht der Zustimmung der Länder. Der rheinland-pfälzische Finanzminister kritisierte, die Regierung entferne sich „in dreierlei Weise“ vom Einigungsvertrag. Die schleswig-holsteinische Finanzministerin Simonis nannte den Beschluß einen „Affront gegen die Länder“. Ihre Regierung erwäge eine Klage gegen das Gesetz.

Steuerpläne im Bundesrat

Auf der Bundesratsitzung am 3. 10. in Schwerin standen die Bonner Steuerpläne zur Debatte. Alle SPD-geführten Länder wandten sich gegen Bonns Pläne

zu einer weiteren Umverteilung von unten nach oben und gegen das fortgesetzte Ausspielen von „alten“ gegen „neue“ Bundesländer. Doch CDU/CSU/FDP und Bonn bleiben dabei: keine Aufstockung des Fonds Deutsche Einheit (der der Ex-DDR zugute kommt), Streichung der Strukturhilfsmittel in Westdeutschland (was vor allem Bremen, das Saarland und Niedersachsen trifft), weitere Erhöhung der Umsatzsteuer (was am stärksten die Schwächsten trifft).

Pharma: „Negativliste“

Trotz vehementer Proteste des „Bundesfachverband der Arzneimittelhersteller“ (BAH) hat Gesundheitsministerin Hassefeldt Anfang Oktober eine „Negativliste“ von etwa 2500 verschiedenen Pharmazeutika im Bundesanzeiger veröffentlicht, die künftig nicht mehr zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherungen verschrieben werden dürfen. Die Arzneimittel seien „therapeutisch fragwürdig“. Der Bundesfachverband der Arzneimittelhersteller hatte „Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe“ angedroht, falls die Liste veröffentlicht werde.

Bundeswehr hilft ANC?

Bonn erklärte die „Bereitschaft“, bei der „Verschmelzung der Armee Südafrikas (offiziell: 80000 Mann) mit derjenigen des ANC (offiziell: 10000) „beihilflich“ zu sein. CDU/CSU haben bisher kaum einen Hehl daraus gemacht, auf welcher Seite sie im Apartheid-Staat stehen (siehe U-Boot-Pläne-Lieferungen). Daß es dabei bleibt, zeigt ihr Hinweis: Bei dieser „Verschmelzung“ könnten die Erfahrungen aus der „Verschmelzung“ der beiden deutschen Armeen „nutzbar gemacht werden“.

Freiwilligenarmee

Anfang Oktober wurde die öffentliche Debatte von Bonner und Bundeswehr-Offiziellen über den Charakter der Bundeswehr fortgesetzt. Zwar überwiegt weiter die Position: Festhalten an der 370000 Mann-Wehrpflichtigen-Armee. Doch das Lager derjenigen, die für ein Freiwilligenheer sind, wächst: Dafür spricht, lt. Wimmer (CDU), daß solch eine Armee „hochbeweglich“ und „überall auf der Welt einsetzbar ist“.

Was kommt demnächst?

Bis zum 11. 10. berät der Bundestag über den Sozialbericht 1990, über Leiharbeit und über Armutsbekämpfung in der Dritten Welt. Am 18. Oktober tagt erneut der Bundesrat. Auf der Tagesordnung dürfte u.a. der Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Neuordnung der Landeszentralbanken stehen. Für Mitte Oktober hat Wirtschaftsminister Möllemann eine „Kohlerunde“ angekündigt. Vom 17. bis 22. Oktober tagt in Madrid die Parlamentarierversammlung der NATO.

Soll das Verfassungsgericht entscheiden?

§218-Debatte im Bundestag am 26. September — Auszüge aus den Redebeiträgen

In der Bundestagsdebatte am 26. September haben sich Sprecher von FDP und SPD sehr optimistisch im Hinblick auf eine mögliche Verfassungsklage geäußert. Die FDP betonte nachdrücklich die Verfassungskonformität ihres Gesetzentwurfs und stützte sich dabei auf die Zielsetzung „für das Leben“ in der Zwangsberatung. Die SPD, deren Sprecherin Inge Wettig-Danielmeier sich in der Begründung ihres Entwurfs sechsmal zum „wirksamen Schutz des werdenden Lebens“ bekannte, vertraute darauf, daß „auch

eine Verfassungsinterpretation für Erfahrungen und gesellschaftlichen Wandel offen“ ist, denn „Sinn und Zweck der Strafnorm wird nicht erfüllt“.

Von Seiten des Bündnisses 90 Die Grünen wurde zur Frage der Durchsetzbarkeit nicht Stellung genommen: ohnehin befinden sich die Befürworter innen der ersatzlosen Streichung wohl in der Minderheit. Einzig die Gruppe der PDS/Linke Liste schlägt vor, das Recht der Frau, selbst zu entscheiden, in die Verfassung aufzunehmen.

Christina Schenk (Bündnis 90/Grüne): „... Solange die Schwangerschaft andauert, ist die Leibesfrucht Teil des Körpers der Frau. Die Frau schafft den neuen Menschen unter Einsatz ihres Körpers, ihres Lebens. Die Leibesfrucht ist menschliches Leben, dessen Entwicklung in Symbiose mit der Frau erfolgt ...“

Die Weigerung einer Frau, diese symbiotische Beziehung zur Leibesfrucht einzugehen bzw. fortzusetzen, kann deshalb mit Mord und Totschlag nicht verglichen werden. Der Schwangerschaftsabbruch ist nicht die Zerstörung eines selbständigen Anderen, sondern die Weigerung, einen Anderen im eigenen Leib herzustellen.

... widersprechen wir der ... Behauptung, daß Schwangerschaftsabbrüche kein Mittel zur Geburtenkontrolle sein dürfen. Im Klartext: Es bedeutet für Frauen ein weitaus geringeres gesundheitliches Risiko, natürliche Verhütungsmethoden anzuwenden und Abtreibungen, die infolge der Fehlerquote notwendig werden können, in Kauf zu nehmen, als sich jahrelang der Wirkung eben beschriebener potentiell gesundheitsgefährdender Antikonceptiva auszusetzen ...

... Die Verkoppelung von Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch mit sozialen Hilfen geht am Problem vorbei.

Ungewollte Schwangerschaften wird es immer geben, so verschieden die gesellschaftlichen und damit auch die sozialen Verhältnisse sein mögen ...“

Petra Bläss (PDS/Linke Liste):

„... Erstens fordern wir die ersatzlose Streichung der §§ 218 bis 219 d aus dem Strafgesetzbuch und der §§ 153 bis 155 aus dem entsprechenden Gesetzbuch der ehemaligen DDR.“

Zweitens wollen wir, daß Art. 2 des Grundgesetzes um einen 3. Absatz erweitert wird, in dem die Entscheidungsfreiheit der Frauen über die Fortsetzung oder den Abbruch der Schwangerschaft verfassungsrechtlich geschützt ist.

Drittens soll nach unserer Auffassung ein Gesetz geschaffen werden, das neben dem Rechtsanspruch der Frauen auf Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft Mindeststandards einer medizinischen Versorgung flächendeckend sichert.

Allein durch die Streichung der §§ 218 ff. aus dem Strafgesetzbuch ist nach unserer Überzeugung nicht zwangsläufig ein frauenfreundlicher Rechtsstaat hergestellt. Es entsteht damit lediglich ein rechtsfreier Raum und damit die Gefahr, daß dieser durch verwaltungs- oder gesundheitsrechtliche Vorschriften — z.B. auf Länderebene, wie es teilweise auch jetzt Praxis ist — so

ausgefüllt wird, daß Schwangerschaftsabbrüche erschwert, verhindert bzw. schlicht unzumutbar werden.

Außerdem steht zu befürchten, daß angesichts neuer eugenischer Tendenzen Frauen zum Schwangerschaftsabbruch genötigt werden, z.B. Behinderte, Sucht- oder Aidskranke, Ausländerinnen oder jene, die vermutlich ein behindertes Kind erwarten. Um all dem vorzubeugen, enthält unser Gesetzentwurf flankierende Maßnahmen zur ersatzlosen Streichung.

Die zentrale Forderung ist dabei die Verankerung des Rechts auf Entscheidungsfreiheit in der Verfassung. Deklaratorisch wollen wir hier die Einheit zwischen Frau und ihrer Leibesfrucht festgeschrieben wissen. Dazu veranlaßt uns die Grundgesetzauslegung des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil von 1975 gegen die Fristenregelung. Aus dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit hat die Mehrheit der Verfassungsrichter abgeleitet, daß das sich im Mutterleib entwickelnde Wesen ein selbständiges Rechtsgut sei, und hat damit eindeutig für den Lebensschutz der Leibesfrucht und gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau entschieden ...“

Dr. Marliese Dobberthien (SPD):

„... Die verfassungsrechtlichen Normen, auf die wir uns bei der Ablehnung eines Gebärzwanges stützen, sind die Menschenwürde nach Art. 1 des Grundgesetzes — denn Menschenwürde kennt kein Geschlecht —, die Wissenschaftsfreiheit nach Art. 4 Abs. 1 in Verbindung mit dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit nach Art. 2 Abs. 1 und der Grundsatz der Gleichberechtigung nach Art. 3 Abs. 2 GG. Letzterer wird durch § 218 verletzt, weil er nur den Frauen — und zwar ausschließlich ihnen — eine rechtliche Sonderpflicht zumutet, nämlich die mit Straandrohung versehene Gebärpflicht.“

Grundlage jeder verfassungsrechtlichen Prüfung einer Neuregelung ist im übrigen nicht das Urteil von 1975, sondern die Verfassung selbst. Deshalb ist die Behauptung, eine Beratungspflicht sei stets zwingend vorgeschrieben, doch sehr fragwürdig. Entscheidend ist vielmehr, ob die Gesamtheit aller Maßnahmen dem Lebensschutz dient ...“

Quelle: Plenarprotokoll 12/44 — (ahn)



Die private Verschuldung ist deutlich gestiegen

Ein Drittel des Mehrkonsums kreditfinanziert / 1989 ca. 200 000 Lohn- und Gehaltspfändungen

Seit Anfang der 80er Jahre ist die Verschuldung der privaten Haushalte deutlich gestiegen. Der Boom auf dem Automobilmarkt und die Ausrüstung der Haushalte mit Möbeln

wurden zu erheblichen Teilen mit Krediten finanziert. Parallel dazu stieg die Zahl der privaten Konkurse bzw. der eidesstattlichen Versicherungen.

Nach den neuesten Angaben der Bundesbank (1) liegt der Zins für Überziehungskredite bei 12,27 Prozent. Auch der effektive Zins für Ratenkredite im Bereich von 5000 bis 15000 DM hat mit durchschnittlich 13,8 Prozent Rekordhöhe erreicht. Diese hohen Zinsen bringen einen wachsenden Teil der Lohnabhängigen immer mehr unter Druck.

Bereits im letzten Jahr hatte eine Forschungsgruppe „Verschuldung privater Haushalte“ einen Bericht über die Verschuldung privater Haushalte vorgelegt (2). Daraus ergibt sich (Schulden wegen Wohnungs- oder Hauskauf, sogenannte Hypothekenschulden, sind bei allen folgenden Angaben noch gar nicht erfaßt, dafür umfaßt die Übersicht Haushalte aller Art, also auch von Kapitalisten, so daß der tatsächliche Druck der Schulden in den unteren Einkommenszonen noch deutlich über den Durchschnittszahlen der Erhebung liegen dürfte):

— 1. Der Umfang von Konsumentenkredit steigt seit 1981 deutlich schneller als die zur Verfügung stehenden privaten Einkommen. 1981 erreichte die Summe aller Konsumentenkredite

13,3 % der verfügbaren Einkommen aller privaten Haushalte. 1989 machten alle Konsumentenkredite zusammen (also ohne Kredite für Haus- und Wohnungseigentum) bereits 16,6 % der verfügbaren Einkommen aus.

— 2. Im gleichen Zeitraum sank die sogenannte „Sparquote“ (d.h. die Summe aller privaten Sparguthaben, verglichen mit dem jährlich verfügbaren Einkommen) von 14,8 % (1981) auf 13,6 % (1989).

Ein zunehmender Teil des privaten Konsums wird also auf Pump finanziert. Der sogenannte „Möbelboom“ der letzten Jahre, die Autowelle, die Ausrüstung von Haushalten mit HiFi, PCs und dergleichen ging offensichtlich mit einer zunehmenden Verschuldung der so ausgerüsteten Haushalte einher. Etwa ein Viertel aller Autokäufe, so die Untersuchung, wird inzwischen durch Kredite finanziert. Alle privaten Ratenkredite zusammen erreichten bereits 1989 den enormen Betrag von 222,7 Mrd. DM.

Eine Aufschlüsselung der Verschuldung auf soziale Gruppen ist schwer. Eine ältere Aufschlüsselung der Raten-

kredite nach Haushaltstypen ergab bereits 1983, daß vor allem Haushalte des Typs „Eine alleinstehende erwachsene Person plus Kind“ umfangreich Ratenkredite aufgenommen hatten: 37,2 % dieser Haushalte hatten solche Schulden. Nach Berufen gegliedert waren vor allem Haushalte von Arbeitern (24,8 %) und von Arbeitslosen (29,2 %) mit Ratenkrediten belastet. Die Forschungsgruppe schätzt, daß 1989 zwischen 118000 und 157000 Arbeiter und 46000 bis 57000 Angestellte bereits so hoch verschuldet waren, daß sie eine regelmäßige Lohn- oder Gehaltspfändung hinnehmen mußten. 1,4 Millionen Personen hatten 1988 eine eidesstattliche Versicherung über ihr Vermögen abgeben müssen, weil sie ihre Kreditschulden nicht mehr ordnungsgemäß tilgen konnten, gegen 578000 solcher säumiger Schuldner erging sogar eine Haftanordnung, weil sie zur eidesstattlichen Versicherung nicht erschienen.

Quellen: (1) Bundesbank, Monatsbericht August 1991; (2) Bericht der GP-Forschungsgruppe „Verschuldung privater Haushalte“, Mozartstr. 14, 8 München 2 — (rül)

Bürgerschaftswahl Bremen

Faschistische DVU erreicht Fraktionsstärke

Mit einem Verlust von 53000 Stimmen verlor die SPD ihre absolute Mehrheit (50,5 %) und erreichte mit 38,8 % ihr schlechtestes Ergebnis seit 1947. Besonders große Einbußen hatte sie in ihren Hochburgen, in denen die Wahlbeteiligung auch deutlich unter dem Landesdurchschnitt lag. Die CDU legte gegenüber 1987 zwar 22000 Stimmen zu und erreichte 30,7 % (23,4 %), blieb aber noch 9000 Stimmen unter dem Bundestagswahlergebnis 1990. Sie hetzte während des Wahlkampfes mit der gleichen „Das Boot ist voll“-Parole gegen die Asylbewerber wie die Republikaner. Die Grünen gewannen 2000 Wähler hinzu und stabilisierten sich bei 11,4 % (10,2 %). Die FDP kam mit einem Stimmenverlust von 2000 auf 9,5 % (10 %).

Mit dem höchsten Stimmengewinn von 72 % (+ 13000 Stimmen) erreichte die faschistische Deutsche Volksunion (DVU) („Scheinasylanten ausweisen“, „Kein Wahlrecht für Ausländer“) 6,2 % (3,4 %) und zieht mit einer Fraktion von 6 Abgeordneten in den Landtag ein. In der parallel gewählten Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven stellt die DVU jetzt die drittstärkste Fraktion. In Bremen fanden erstmals Direktwahlen zu den Stadtteilbeiräten statt. Hier setzt sich die DVU mit 11 Abgeordneten in 10

der 22 Beiräte fest.

Noch in der Wahlnacht nutzte der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey seinen Presseauftritt für die Forderung, den Bundesgrenzschutz einzusetzen, um den „Zustrom von Ausländern abzuwehren“.

Die zum erstenmal kandidierenden Republikaner erreichten 1,5 %.

Die Wahlbeteiligung fiel von 75,6 % auf 72,2 %.

Nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses warnte die Handelskammer vor „rot-grünen Spielereien“.

Im Vorfeld der Wahlen hatte der Bremer Staatsgerichtshof auf Antrag der CDU das Ausländerwahlrecht zu den Beiräten (3,7 % aller Wahlberechtigten) aufgehoben. Während des Wahlkampfes wurden Polizisten mit Wasserwerfern und Schlagstock in einen brutalen Einsatz gegen die antifaschistische Kundgebung anlässlich der Republikaner Veranstaltung befohlen. Erst jetzt wurde bekannt, daß in mindestens einem Fall die Briefwahlunterlagen auf dem Postweg zum Wahlamt abgefangen wurden. Die für Grüne bzw. SPD angekreuzten Stimmzettel landeten mit Hakenkreuz und der Beschimpfung „Volksverräter“ versehen im Briefkasten des Briefwählers. — (mj)

Die faschistischen Anschläge auf Ausländerheime und die Überfälle auf Ausländer sind nicht mehr zu überblicken. Die reaktionären und faschistischen Kräfte haben ihre Ziele zum Teil schon erreicht: Die Asylbewerber, aber auch die vielen Ausländer haben Angst um ihr Leben. Die faschistischen Angriffe gingen durch die internationale Presse. Das Asylrecht ist durch die Anschläge praktisch diskreditiert, und es werden Flüchtlinge abgeschreckt, dieses Recht wahrzunehmen.

Diese Anschläge sind über Jahre hinweg von den reaktionären und faschistischen Kräften vorbereitet worden. Staatliche Maßnahmen haben bewirkt, daß Asylbewerber von der Gesellschaft getrennt und isoliert wurden, z. B. keiner Arbeit nachgehen konnten und sich nicht selber ernähren konnten. Stattdessen wurden sie immer mehr in Lager gepfercht. Reaktionäre Kräfte hetzen mit „Asylmißbrauch“ und anderen reaktionären und rassistischen Schlagworten und überdecken eine verfassungswidrige Entwicklung beim Asylrecht. Das Recht auf Asyl wurde vom Gesetzgeber ausdrücklich in die Verfassung aufgenommen als eine Konsequenz aus der Nazierrschaft, als viele Staaten Flüchtlinge aus Deutschland aufgenommen hatten.

Wenn CDU und CSU jetzt für eine Grundgesetzänderung mobilisieren, dann können sie sich dabei auf den von den Faschisten gezündelten rechtsfreien Raum stützen.

Der Deutsche Bundestag befaßte sich am 25. September in einer einstündigen

Asylpolitik: Gewerkschaften müssen sich den Problemen des BRD-Arbeitsmarktes stellen!

Auch ohne Grundgesetzänderung wird das Asylrecht von einer großen Koalition untergraben

Debatte ohne Ergebnisse mit den Anschlägen auf Asylheime. Nur Dr. Burkhard Hirsch wies auf die faschistische Erfolgschance hin: „Ich frage mich, ob die Täter und ihre Sympathisanten nun annehmen können, Erfolg zu haben. Ausländer raus aus Hoyerswerda — das ist nun vollzogen worden. Die Entscheidung der sächsischen Landesregierung, die dort lebenden Ausländer anders zu verteilen, kann ja wohl nicht alles sein, womit der Staat auf diese Brutalität reagiert. Das geht so nicht.“ (1)

In dieser Bundestagsdebatte beschwerten sich die Linke Liste/PDS und das Bündnis 90/Grüne darüber, daß sie an dem von Kanzler Kohl anberaumten Treffen zur Asylpolitik nicht teilnehmen können. Keine Reaktion gab es auf diese Kritik, noch nicht einmal von der SPD. So blieben SPD, FDP und CDU/CSU unter sich und trafen reaktionäre Vereinbarungen: Sammelunterkünfte sollen in der Nähe der zentralen Ausländerbehörden konzentriert werden, um die Asylverfahren zu beschleunigen. Darüber hinaus sollen Asylbewerber kein Bargeld mehr erhalten, sondern Sachleistungen und ein Taschengeld. Diese Vereinbarungen sind ein weiterer Schritt zur Aushöhlung des Asylrechts und zur Gettoisierung von Ausländern.

Multikulturelle Gesellschaft?

Heiner Geißler tritt im neuen Spiegel in Kritik dieser Anschläge und der offiziellen Ausländerpolitik für eine „multikulturelle Gesellschaft“ ein: „Die Deutschen werden nicht — wie jetzt — mit fünf Millionen, sondern in Zukunft mit sieben, acht, vielleicht auch mit zehn Millionen Ausländern zusammenleben. Dies ist kein Grund zur Angst, sondern für ein Volk der Mitte und für unsere ökonomische Entwicklung eine Selbstverständlichkeit und eine Chance. Es gibt zwar Angst vor Ausländern, aber sie ist nicht begründet. Die deutsche wie die europäische Wirtschaft brauchen Ausländer als Arbeitnehmer, als Konsumenten, als Steuerzahler. Die Renten sind nach 2015 nicht mehr bezahlbar, wenn wir auf deutsche Beitragszahler angewiesen wären. Die Zuwanderung muß gesteuert werden wie in Amerika ... Das kann natürlich nicht für Asylberechtigte gelten.“ (2)

Die BRD entwickelt sich zu einer Kolonialmacht, die auch im Inneren der BRD einen größeren Arbeitsmarkt haben will. Teile der Kapitalisten sehen das ähnlich wie Geißler. Die Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ argumentiert seit Monaten in ähnliche Richtung, weil sie die Chance sieht, daß die Löhne und

Einkommen der Beschäftigten auf diesem Wege stark gesenkt und differenziert werden können. Dieser Vorgang findet ja auch bereits statt. Dies muß aber ohne große Unruhe geschehen. Geißler will kein „modernes Sparta“, sondern:

„Eine zukunftsorientierte Ausländerpolitik erfordert eine moderne Einbürgerungspolitik, die das Staatsbürgerrecht nicht mehr völkisch, sondern republikanisch definiert.“

Diese Politik könnte im Gegensatz zur Politik der Bundesregierung stehen, wenn Heiner Geißler sie konsequent auslegt. Das ist aber unwahrscheinlich. Geißler beschreibt seine multikulturelle Gesellschaft so: „Darin bewahren wir selbstverständlich unsere deutsche Identität, leben aber in Toleranz und gegenseitiger Achtung mit deutschen Staatsbürgern zusammen, die sich zu unserer Verfassung bekennen, die aber durchaus eine andere Herkunft, eine andere Hautfarbe oder eine andere Muttersprache haben.“

Auch Geißler will also eine hierarchische Gesellschaft, gespalten in Bluts-Deutsche und in Staatsbürger-Deutsche. Über die Herkunft, die Amtssprache, die Schulausbildung (Abitur oder eben nicht) und den Arbeitsmarkt wird dann

entschieden, wer zur herrschenden Klasse, wer zur leitenden Mittelklasse gehört und wer im Arbeitsprozeß schwitzen muß. Dies setzt aber einen viel größeren und gespaltenen und differenzierten Arbeitsmarkt voraus.

Soziale Mindeststandards!

Die Herausbildung eines neuen Arbeitsmarktes in den Grenzen der BRD wird in den nächsten Jahren zu erheblichen sozialen Spannungen führen, unabhängig davon, zu welchen Mitteln die Herrschenden greifen, mehr zu den „republikanischen“ des Herrn Geißler oder zu der brutal-reaktionären Politik Helmut Kohls und Wolfgang Schäubles.

Die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften können diese reaktionär-rassistische Entwicklung nur stoppen, wenn sie den Widerstand verstärken. Wichtig ist, daß die Gewerkschaften Lohnforderungen aufstellen, die die Lohnsenkungen verhindern. Das reicht aber nicht mehr aus. Die Kapitalisten stellen in zunehmendem Umfang ausländische Arbeitskräfte zu Löhnen weit unter Tarif an. Die Anschläge der Faschisten auf Ausländer und Asylheime arbeiten diesen Absichten der Kapitalisten direkt in die Hände, weil sie die ausländischen Arbeiter weiter einschüchtern. Gesetzliche Mindestlöhne und Mindeststandards zur sozialen Sicherung der Lohnabhängigen sind ein wichtiges Mittel, für das sich die Gewerkschaften einsetzen können, um die beginnende Umwälzung des Arbeitsmarktes zum Stoppen zu bringen und soziale Verelendung und Rassismus zu bekämpfen.

Quellen: (1) Bundestagsprotokoll vom 25.9.91, Seite 3573; (2) Der Spiegel Nr. 41/91 vom 7.10.91 — (jöd)



Kundgebung der PDS am 3. Oktober in Berlin aus Anlaß des 1. Jahrestags der DDR-Annexion. (Bild: af/mz)

Am 27.9. trafen sich die Koalitionsparteien mit der SPD, um sich über die ... Verschärfung des Asylrechts zu verständigen. Bis zum 10.10. soll geklärt werden, ob Asylbewerber, die über andere Länder in die BRD eingereist sind, künftig an der Grenze grundsätzlich zurückgewiesen werden können. Übereinstimmung besteht bereits darüber, jeweils hunderte von Asylbewerber dichtgedrängt in zentrale Sammellager zu sperren und die Sozialhilfe überwiegend in Form von Sachleistungen auszugeben. Vor nicht allzu langer Zeit hatten SPD-Landesministerpräsidenten diese Behandlung von Flüchtlingen noch als „unmenschlich“ bezeichnet. Inzwischen jedoch sei die SPD bereit, „jede Möglichkeit anzugehen, die es unterhalb einer Verfassungsänderung gebe“, erklärte der SPD-Engholm nach dem Treffen. Dies wurde auch bei der zeitgleich stattfindenden Bundesratssitzung deutlich, bei der ein Gesetzesantrag aus Bremen zur Änderung des Asylverfahrens- und Ausländergesetzes, ein Entschließungsantrag des Landes Baden-Württemberg zur „Asylpolitik in Deutschland und Europa“ und ein Entschließungsantrag von NRW zur „Umsetzung

Große Koalition gegen die Asylbewerber

SPD will alles mitmachen, was unterhalb einer Verfassungsänderung liegt

der Flüchtlingskonzeption“ der BRD beraten wurde.

Der Bremer Gesetzentwurf beinhaltet folgende Vorschläge, die der von der CDU/CSU beabsichtigten Grundgesetzänderung immer näher kommen:

1. Der Bundesminister des Innern soll ermächtigt werden, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrats Staaten zu bestimmen, in denen offensichtlich keine politische Verfolgung stattfindet. Eine solche gesetzliche Regelung widerspricht ganz offensichtlich einem Asylrecht, das den Schutz der menschlichen Einzelperson gegenüber dem eigenen und dem fremden Staat zum Ziel hat, denn pauschal sollen Menschen aus bestimmten Staaten für nicht asylberechtigt erklärt werden. Einer verfassungsrechtlichen Überprüfung würde dies nicht standhalten.

2. Die Zuständigkeit für ablehnende Entscheidungen bei Asylbewerbern aus den in der Rechtsverordnung genannten Staaten soll auf die Ausländerbehörden

der Länder übergehen. Bisher ist hierfür das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zuständig.

3. Bei Asylanträgen, die von Staatsangehörigen der in der Rechtsverordnung bestimmten Staaten gestellt werden, soll die Regelvermutung der offensichtlichen Unbegründetheit gelten. Damit könne das für offensichtlich unbegründete Asylanträge bereits bestehende Verfahren angewandt werden. Gemeint ist folgendes: Ein Asylbewerber kann gegen eine Ablehnung durch das Bundesamt vor dem Verwaltungsgericht klagen. Wird die Klage mit der Begründung abgewiesen, der Asylantrag sei offensichtlich unbegründet, ist eine Berufung ausgeschlossen. Nach den Vorstellungen des Bremer Senats würde die unter Punkt 1. genannte Rechtsverordnung ein Urteil des Verwaltungsgerichts pauschal vorwegnehmen. Die Klage wäre eine reine Farce und könnte sehr „beschleunigt“ abgewiesen werden.

4. Schließlich übernimmt der Bremer

Antrag die Vorschläge des FDP-Präsidiums zur Verfahrensbeschleunigung von September: Einzelrichter, Ausschluß der Beschwerde gegen die vorentscheidenden Prozeßkostenhilfe- und Rechtsschutzverfahren. Die Mindestfrist zur Ausreise soll bei offensichtlich unbegründeten und bei unbeachtlichen Asylanträgen auf eine statt bisher zwei Wochen verkürzt werden. Wo das Urteil schon feststeht, erübrigt es sich, dem Asylbewerber Zeit zur Einreichung seines Widerspruchs oder zur Klage einzuräumen, und wo eine eingehende Prüfung nicht mehr erforderlich ist, genügen Einzelrichter.

Der Entschließungsantrag aus Baden-Württemberg fordert erneut zu einer Änderung des Grundgesetzes auf. Danach sollen Bundesregierung und Bundesrat die Nichtverfolgerstaaten festlegen können und Flüchtlinge aus solchen Ländern bereits an der Grenze abgeschoben werden können. Außerdem sollen von der „Volksvertretung bestellte

überwiegend Anwohner, die an Erlebnissen die Gefahren schilderten, die angeblich von Flüchtlingen ausgehen: Überfälle, Erpressungen unter Jugendlichen, sexuelle Belästigung junger Frauen, Lärm und Unruhe.

Im Gegensatz zu früheren Veranstaltungen in anderen Stadtteilen wandten sich die meisten nicht in erster Linie gegen den konkreten Standort. Die Vorurteile überwogen, viele redeten den Absichten der Reaktion das Wort. Gegen die Ansiedlung von „Wolgadeutschen“ hätten Sprecher der Bürgerinitiative denn auch nichts einzuwenden. Neben schon öfter mit REP-naher Politik aufgefallenen CDU-Politikern heizten Vertreter des „Forum 91“, einem örtlichen Zusammenschluß der Initiativen gegen Flüchtlingsheime, bekannte NPDler und junge Faschisten die Stimmung an.

Aus dem Podium wandten sich neben dem Vertreter der Grünen nur SPD-MdB Reuschenbach und Sozialdezernent Herber deutlich gegen die Hetze, aus dem Publikum nur zwei Beiträge — meist führten sie zu tumultartigen Szenen. Die meisten, die von der rassistischen Hetze beunruhigt waren, waren wie gelähmt. Allerdings konnte der Leiter des bischöflichen Schulzentrums, das direkt gegenüber dem geplanten Bau- platz liegt, nicht dazu gebracht werden, sich gegen das Flüchtlingsheim auszusprechen, obwohl einige Kinder zu dem Zweck vorgeschickt wurden. — (wof)

Organe und Hilfsorgane“ künftig über eine Asylgewährung entscheiden können. Irgendeine Möglichkeit, den Asylantrag gerichtlich geltend zu machen, ist gar nicht mehr vorgesehen. Aufschlußreich ist die Begründung für die „Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung vom 25.9.91“: „... kommt es darauf an, spezifische Instrumente für eine Flüchtlingspolitik zu entwickeln, die den Verfolgten Schutz in ihren Herkunftsgebieten gewährleisten. Dazu sollte die Bundesregierung verstärkt den Gedanken der Schaffung „verfolgungssicherer Zonen“ in den Herkunftsländern sowie vertraglicher Abstimmung mit Ländern, die in der Nähe der ... Heimatstaaten liegen, verfolgen. Angesichts der begrenzten Aufnahmekapazität der ... Industriestaaten, aber auch im Interesse der Flüchtlinge, sollte versucht werden, den Aufenthalt im Herkunftsgebiet zu ermöglichen.“

Das Beispiel der Kurden zeigt, an welcher Art der Bekämpfung von Fluchtsachen die Bundesregierung denkt. Das Beispiel des kurdischen Befreiungskampfes dagegen zeigt, wie der Schutz von Fluchtgründen entgegengetreten werden kann. — (rac)

Internationale Umschau



„George Bush, Goliathfigur von Amerikas Konzernen“ — das war eine der Losungen auf der Demonstration zum „Solidaritätstag 91“ des US-Gewerkschaftsbundes AFL-CIO und anderer Organisationen am 31. August in der US-Hauptstadt Washington (wir berichteten). Die meisten Parolen auf der Demonstration richteten sich gegen Streikbruchversuche der Kapitalisten, z.B. bei Ravenswood, und verlangten die Schaffung eines bundesweiten öffentlichen Gesundheitsdienstes. — (rül)

Albanien: Die stille Okkupation

In aller Stille ist ein Kontingent von 500 italienischen Soldaten nach Albanien eingerückt mit dem Auftrag, die Verteilung der EG-Lebensmittellieferungen zu überwachen. Gleichzeitig tummelt sich in Albanien eine KSZE-Beobachtertruppe unter Leitung des deutschen Botschafters Höynk vom Auswärtigen Amt. Nach Auffassung eines deutschen Delegationsmitglieds handelt es sich bei der Mission um einen der ersten Schritte, die „zu einem ständigen Abbau des Grundgesetzes der Nichteinmischung“ in Europa führen sollen. Nächstes Ziel sei es nun, so ein deutscher Vertreter bei der KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau, Berichterstermissionen ohne Zustimmung des betroffenen Landes zu entsenden.

Quelle: Süddeutsche Ztg., 28./29.9. — (hav)

Haiti: Militärputsch gegen die Regierung Aristide

Teile des haitischen Militärs haben die erst im Frühjahr 1990 nach Parlamentswahlen gebildete Regierung unter dem als Anhänger der „Befreiungstheologie“ geltenden katholischen Priester Aristide gestürzt. Haiti ist durch die frühere französische Kolonialmacht und die daran anschließende Ausplünderung durch US-Konzerne extrem verarmt — 70 % der Bevölkerung gelten als arbeitslos, zehntausende werden jährlich in den USA als Wander- und Gelegenheitsarbeiter zu übelsten Bedingungen ausgebeutet. In ersten Reaktionen lehnten EG und USA die Putschisten ab. — (rül)

Bulgarien: Wahlbehinderung für die Sozialistische Partei

Am 12. Oktober finden in Bulgarien Parlamentswahlen statt. Mit verschiedenen Methoden wird versucht, der ehemaligen Bulgarischen Kommunistischen Partei (jetzt Sozialistische Partei BSP) die Teilnahme an den Wahlen zu erschweren. So hat jetzt das höchste bulgarische Gericht alle Bankkonten der Partei gesperrt. Begründet wird dies mit einer Forderung des Finanzministeriums an die Partei in Höhe von 70000 Dollar. Dieses Geld hätte sich die Organisation 1989 unrechtmäßig angeeignet. Die BSP hat die letzten Wahlen im Juni vergangenen Jahres mit absoluter Mehrheit gewonnen, hatte aber Koalitionsgespräche mit der bürgerlichen Opposition aufgenommen. Anfang dieses Jahres trat der sozialistische Ministerpräsident zurück, um einer bürgerlich-sozialistischen Koalition Platz zu machen. Seitdem hat sich aber die soziale Lage der Bulgaren dramatisch verschlechtert. So sank das Realeinkommen in den ersten acht Monaten dieses Jahres im Vergleich zur selben Vorjahresperiode um 45 %, während die Preise rasant in die Höhe stiegen. Ein Lada, vor zwei Jahren noch für 15000 Lewa zu haben, kostet jetzt 20000 Lewa. Gleichzeitig verabschiedete die Regierung ein Landprivatisierungsgesetz, wonach das 1946 enteignete Land den ursprünglichen Besitzern zurückgegeben werden soll. — (hav)

Belgien: Regierungskrise und Intervention in Zaire

Der belgische König hat am letzten Wochenende das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Martens abgelehnt. Die Regierung war durch mehrere Skandale, u.a. im Zusammenhang mit Waffenlieferungen in den Nahen Osten, in eine Krise geraten. Aus Protest gegen die Bewilligung dieser Waffenausfuhren hatte eine Partei die Regierung verlassen. Nachdem sich die verbliebenen vier Regierungsparteien — Christdemokraten und Sozialdemokraten jeweils aus dem wallonischen und flämischen Landesteil — über Postaufträge zerstritten hatten, hatte Premier Martens den Rücktritt eingebracht. Der König lehnte ab: Wegen der Krise in Zaire, wo u.a. belgische Truppen stationiert sind, müsse die Regierung handlungsfähig bleiben.

In Zaire sind seit einigen Wochen über tausend belgische und französische Soldaten stationiert, angeblich, um belgische und französische Staatsbürger vor plündernden Regierungssoldaten zu schützen, die aufgebeht hatten, nachdem die Regierung ihnen mehrere Monaten den Sold nicht mehr gezahlt hatte. In Wirklichkeit verfolgt diese militärische Intervention die Absicht, die imperialistischen Ansprüche auf die enormen Kobalt- und Kupfervorräte des Landes (Zaire liefert u.a. 40 Prozent des Kobaltbedarfs der westlichen Konzerne und ist auch einer der größten Kupferlieferanten der dritten Welt für diese Konzerne) auch für den Fall größerer Unruhen und Aufstände gegen das Regime Mobutu zu bekräftigen und zu verteidigen. Zusätzlich beraten die Regierungsparteien, der König und andere Reaktionen über weitere Verfassungsänderungen, um die Handlungsfähigkeit der Zentralregierung zu sichern. Solche Verfassungsänderungen sollen in den nächsten Wochen im Parlament eingebracht werden. Sobald das Parlament diese Verfassungsänderungen begonnen hat zu beraten, muß es nach der geltenden Verfassung seine Auflösung beschließen und Neuwahlen einleiten. Sonst können die Verfassungsänderungen nicht in Kraft treten. Diese eher demokratische Regelung soll jetzt genutzt werden, um ein vom Parlament nicht mehr kontrolliertes Kabinett in Ruhe die Intervention in Zaire durchführen zu lassen.

Quellen: FAZ, 1.10. und 7.10.91 — (rül)

Südafrika: IMB gegen Inkatha-„Gewerkschaft“

Der Internationale Metallarbeiterbund hat aus Anlaß der Enthüllungen über die finanziellen und personellen Verbindungen der reaktionären Inkatha-Bewegung und der südafrikanischen Regierung seine Gegnerschaft zu der angeblichen „Gewerkschaft“ UWUSA der Inkatha (diese nennt sich „Vereinigte Arbeitergewerkschaft von Südafrika“) bekräftigt. Diese sei eine „Marionettengewerkschaft“ und ein „Werkzeug gegen die Arbeitnehmer“. „Hauptaufgabe von UWUSA und Inkatha war die Organisation von Angriffen auf Mitglieder von Numsa (der azanischen Bergarbeitergewerkschaft, d. Red.) oder Anhänger des ANC“, heißt es in der Erklärung des IMB, in der zugleich auf die engen Verbindungen zwischen Inkatha, der britischen Regierung unter Thatcher und Stiftungen von CDU und CSU in der BRD hingewiesen wird. — (rül)



Etwa 250000 Gewerkschaftsmitglieder demonstrierten am 5. Oktober in der niederländischen Hauptstadt Den Haag gegen die Pläne der Regierung, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch Einführung eines sogenannten „Karenztages“ und Kürzung des dann folgenden Krankengeldes um 30 % anzugreifen und die Ansprüche auf Behinderten- bzw. Arbeitsunfähigkeitsrenten zu verringern. Am 4. und 5. Oktober streikten die Hafenarbeiter in Rotterdam und Amsterdam ebenfalls aus Protest gegen diese Pläne. Die Kapitalisten hatten vor Gericht ein Verbot dieser Streiks erreicht. An diesem Donnerstag sind die Beamten zu Protestaktionen aufgerufen. Das Parlament will diese Woche über die Regierungspläne beraten. Bild: Eine der Protestaktionen Ende September gegen die Regierungspläne. — (rül)

Lohnsenkung gegen „2. Liga“?

Reaktionäre Haushaltsdiskussion in Italien

Die Lage ist ungewöhnlich: Der Geschäftsführer des Fiat-Konzerns, Romiti, droht der christdemokratisch geführten Regierung die Unterstützung zu entziehen. Der Vorwurf, der vom Industrieverband Confindustria geteilt wird: Die Regierung sei nicht imstande, für die Wettbewerbsfähigkeit Italiens zu sorgen, gerade im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt. Fiat-Präsident Agnelli erklärt — als Besitzer des Turiner Fußballclubs Juventus in einschlägigen Begriffen —, die italienische Wirtschaft könne „in der zweiten Liga landen“. „Es gibt einen sicheren Weg abzustiegen: So zu spielen wie in der zweiten Liga. Und das machen wir gerade. Wir verlieren auswärts, und zu Hause spielen wir mit Mühe unentschieden“.

Fiat selbst verzeichnet auf dem italienischen Markt einen Einbruch beim Absatz vor allem gegenüber der europäischen Konkurrenz und macht Kurzarbeit. Auch Olivetti, andere Großunternehmen und traditionell wichtige Industriebereiche stecken mehr oder weniger in der Krise. Die Inflation beträgt rund 6,5 %, die Staatsverschuldung wächst rasch und wirft immer wieder die Finanzplanung über den Haufen. Die EG schickt Haushaltskontrolleure und droht, Italien von der EG-Spitzengruppe abzuhängen. Vor allem die BRD und Frankreich propagieren währungspolitisch das „Europa der zwei Geschwin-

digkeiten“, bei dem Italien erst zu einem späteren Zeitpunkt einer Währungsunion beitreten dürfte. Der Präsident des Industrieverbands, Pininfarina, fordert deshalb: „Das Finanzgesetz und die Verhandlung über die Arbeitskosten sind die letzten Gelegenheiten dieser Legislaturperiode, um eine Politik der Sanierung der öffentlichen Haushalte und eine Einkommenspolitik einzuleiten, wie sie auch von unseren Partnern in der Gemeinschaft gefördert werden“.

In den „Maxiverhandlungen über die Arbeitskosten“ zwischen Unternehmerverband, Regierung und Gewerkschaften seit Juni verlangt Confindustria die völlige Abschaffung des verbliebenen automatischen Teuerungsausgleichs, den es sonst nirgends gebe. Aus der Regierung kommt dazu der Vorschlag, den Umfang des Teuerungsausgleichs weiter einzuschränken und bisherige Sozialkosten der Unternehmen teilweise auf den Staat zu übertragen. In den Verhandlungen über das Haushaltsfinanzierungsgesetz werden einschneidende Maßnahmen gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und im Gesundheitswesen erörtert. Im öffentlichen Dienst ist eine faktische Blockierung der Löhne vorgesehen, gegen die die Gewerkschaften bereits Streiks angekündigt haben. In der Gesundheitsversorgung soll die Eigenbeteiligung an den Kosten drastisch erhöht werden. — (rok)

Nein zur EG!

Einige Gründe für den Widerstand in Norwegen

Als „wichtigste politische Diskussion“ der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit bezeichnete die norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland die Europadebatte. Neu ist sie allerdings nicht. Vor 19 Jahren hat die Mehrheit der norwegischen Bevölkerung in einer Volksabstimmung den bereits unterzeichneten Vertrag über den Beitritt Norwegens in die damalige EWG zu Fall gebracht.

In Norwegen gibt es den am besten organisierten EG-Widerstand aller Efta-Länder. Die im Sommer '90 gegründete Initiative „Nein zur EG“ hatte ein Dreivierteljahr später bereits 50000 Mitglieder. Der Widerstand macht sich in allen Bevölkerungsschichten, Gewerkschaften und Verbänden breit. Es gibt Organisationen wie „Frauen gegen die EG“ oder „Jugend gegen die EG“. Letztere wurde im Februar '91 gegründet und hat jetzt fast 5000 Mitglieder. Die Jugendlichen befürchten, daß sie zu den größten Verlierern im Fall einer EG-Anpassung gehören, weil sich ihre Ausbildungsbedingungen verschlechtern und sie erste Opfer zunehmender Arbeitslosigkeit würden. Auch sehen sie einen Schwerpunkt im Kampf gegen die Verschlechterung der Umweltbedingungen.

Groß ist der Widerstand auch seitens der Bauern und der vom Fischfang abhängigen Beschäftigten. Ca. jeder zehnte norwegische Erwerbstätige arbeitet in der Land- und Forstwirtschaft und im Fischfang. Die Fischindustrie konzentriert sich auf die nordnorwegischen Provinzen, wo 25 % bis 50 % der Erwerbstätigen von diesem Industriezweig abhängig sind; entweder durch Fischfang, Fischverarbeitung oder Transport von Fischprodukten.

In Nordnorwegen finden sich reiche Rohstoffvorkommen (Fisch, Wasserfälle, Wald, Erze, Natur). Zum Nachteil der Erwerbstätigen wirken sich weite Entfernungen, dünne Besiedelung und große Unsicherheiten durch Naturabhängigkeiten aus. Deshalb wurde u.a. das „Distriktsgesetz“ erlassen, das solchen Provinzen einen gewissen Ausgleich garantiert. Würden nun solche Schutzgesetze durch übergeordnetes EG-Recht ausgehöhlt und gleichzeitig die Fischgründe Norwegens durch andere EG-Länder ausbeutbar, wäre nicht nur die Existenz der Küstenfischer bedroht, sondern auch die (Frauen-) Arbeitsplätze in der Fischindustrie.

Quelle: Div. Ausgaben der norwegischen Zeitung „Klassekampen“ — (ccs)

Schweiz: Verbreitete Armut

Sozialwissenschaftler erstellten kantonale Armutsstudie

Erstmals wurde im Mai dieses Jahres eine umfassende Bestandsaufnahme in Sachen Armut vorgelegt, die inzwischen auch als Buch veröffentlicht wurde. In einer auf zweijährigen Recherchen fußenden Studie befassten sich Sozialwissenschaftler der Universität Basel mit der sozialen Lage der Bevölkerung im als reich geltenden Kanton Basel-Stadt.

Fazit der Studie: Armut in der Schweiz ist viel verbreiteter als vielfach angenommen. Ueli Mäder, Mitverfasser der Studie in der „WochenZeitung“ dazu: „Was mir ... kaum bewußt war, ist die große Anzahl jener, die vollzeitlich erwerbstätig sind, aber auf keinen grünen Zweig kommen.“ Menschen, die viel arbeiten müssen und dabei extrem wenig verdienen, gibt es in der Schweiz sehr viele, das ist eines der zentralen Ergebnisse der Studie. Das durchschnittliche Einkommen in der Produktion liegt in der Schweiz bei rund 3500 bis 4000 Franken. Aufgrund der in sogenannten Gesamtarbeitsverträgen festgelegten Mindestlöhne bewegen sich Löhne und Gehälter am unteren Rand der Einkommenshierarchie für un- und an teilweise gelernte Lohnabhängige in Basel zwischen 1650 und 2310 Franken. Gelernte Beschäftigte mit einigen Jahren Berufserfahrung kommen auf Löhne zwischen

2000 (Autoservice) und 2300 Franken (Textilfachhandel). Für volljährige Ausländer gelten im Kanton Basel-Stadt folgende Mindeststundenlöhne: 12 Franken im Friseur-, 12,80 im Gastgewerbe, 13 im Verkauf und für Büroreinigung, 14 Franken für Schwerarbeit. Bei der in der Schweiz gültigen 44-Stundenwoche ergibt das Monatslöhne zwischen 2290 und 2670 Franken.

Zu den genannten drei Kategorien zählen in Basel 44 Prozent der erwerbstätigen Wohnbevölkerung des Kantons. 43 Prozent der ledigen Erwerbstätigen haben ein Einkommen, das unter 20000 Franken im Jahr liegt, ein Drittel der Verheirateten verdient weniger als 40000 Franken. Fazit: 15 Prozent der Bevölkerung Basels sind direkt von Armut betroffen, weitere 10 Prozent sind armutsgefährdet. In dieser Stadt verfügen übrigens auch das ein Ergebnis der Studie, 1,2 Prozent der Steuerpflichtigen über gleichviel Vermögen wie die restlichen 98,8 Prozent. All das zeige, daß Armut in der Schweiz weder ein „historisches Überbleibsel“ noch ein „Randgruppenphänomen“ sei, so Mitverfasser Mäder. Sie wird im Gegenteil noch weiter wachsen. Das meinen 84 Prozent der 450 befragten sozialen Institutionen. — (jüg)

Der Palästinensische Nationalrat tagte

Bericht und Dokumente der 20. Sitzung (Sitzung der drei Märtyrer) des Nationalrats in Algier vom 23. bis 28. September

Der Palästinensische Nationalrat (PNC), quasi das palästinensische Exil-Parlament, traf sich vom 23.-28. September dieses Jahres, um über die Situation und die Probleme des palästinensischen Volkes zu beraten. Im PNC gibt es 790 Sitze, die sich auf die verschiedenen politischen Organisationen und Parteien, auf die Massenorganisationen (Gewerkschaften), Vertreter der Militärorganisationen und Unabhängige (z.T. von Gemeinden außerhalb Palästinas) verteilen. In der Regel sind 1/5 der Sitze nicht belegt, weil die Delegierten von den Siedlerkolonialisten keine Ausreisegenehmigung erhalten. Die Anwesenden wählen das Exekutivkomitee, das dem Kabinett einer Regierung entspricht. Yassir Arafat (Abu Ammar) wurde erneut zum Präsidenten des Staates

Palästina gewählt. Das neue Exekutivkomitee setzt sich aus Vertretern der verschiedenen Fraktionen zusammen. Abu Ammar hielt am ersten Tag abends die Eröffnungsrede. Als erster weiterer Redner sprach am zweiten Tag Dr. George Habash von der PFLP. Er erhielt für seine Analyse der gegenwärtigen Lage langanhaltenden und begeisterten Applaus. Er begründete seine Ablehnung einer Teilnahme an der von den USA angestrebten Friedenskonferenz. Diese diene in Anbetracht der neuen internationalen Lage, des Zusammenbruchs der UdSSR, nur den Interessen der USA und Israels und bedeute den Auftakt zur endgültigen Auslöschung der palästinensischen Frage. Im besten Falle würde eine solche Konferenz mit einem neuen Camp David enden, das heißt, einer

stark begrenzten Autonomie. Naif Hawatme von der DFLP vertrat die Auffassung, daß die Palästinenser durch den amerikanischen Plan aufgefordert würden, ihr eigenes Todesurteil zu unterschreiben und ihren Kopf dann unter die Guillotine zu legen. Die DFLP bestehe auf einer Teilnahme der PLO und Vertretern aus Al Quds (Jerusalem) und würden eine jordanisch-palästinensische Delegation entschieden zurückweisen. Zukünftiges Ziel müsse es sein, den bewaffneten Kampf zu intensivieren und die Intifada mit allen Mitteln und Methoden zu entwickeln. Durchgesetzt hat sich dagegen die reformerische Position der Fatah, vertreten durch Arafat, der sogar bereit ist einer jordanisch-palästinensischen Delegation zuzustimmen. — (Palästina-Gruppe Westberlin)

Pressekonferenz mit Dr. George Habash

Der Generalsekretär der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) erklärte nach Beendigung der 20. Sitzung des Palästinensischen Nationalrats (PNC): Wie ihnen bekannt ist, beabsichtigte die PFLP kein unklares Ergebnis dieser Sitzung, sondern eine Bejahung des palästinensischen Friedensangebot. Ich bedaure, Ihnen mitteilen zu müssen, daß der Nationalrat diese Meinung nicht geteilt hat. Aber zur gleichen Zeit wurde nicht nur „Ja“ gesagt, sondern es war ein „Ja“ auf der Basis von Bedingungen. Wir haben diese Form an sich abgelehnt und gefürchtet, aus drei Gründen: Erstens gibt diese Resolution dem palästinensischen Volk keinen Rückhalt, um in der Konferenz eine stabile Position zu erreichen und überläßt die Initiative den USA. Das ist falsch und nicht unser Interesse. Zweitens gibt sie dem palästinensischen und arabischen Volk keine Stärke, die Akzeptanz der Welt gegenüber dem palästinensischen Problem zu erhöhen, weil das US-amerikanische Angebot noch hinter den mit den UN-Resolutionen erreichten Stand zurückfällt. Und drittens und letztens, weil das „Ja“ mit Bedingungen im palästinensischen Lager wahrscheinlich in ein reines „Ja“ umgewandelt werden wird, wovor ich mich mehr als vor allem anderen fürchte.

Das, was mir auf der Konferenz wichtig war, war die Frage der nationalen Einheit in den Augen des palästinensischen Volkes und besonders des Volkes der Intifada zu besprechen, sowie die Erörterung der Intifada auf dieser Grundlage.

Zuerst will ich darauf bestehen, daß wir uns mit aller Kraft auf die Einheit im Kampf konzentrieren und ich glaube, daß diese Einheit nicht von der politischen Position beeinflusst werden wird, die die PLO jetzt einnimmt. Wir werden im Gegenteil alles unterstützen, was dazu dient, die Einheit zu erreichen, d.h. die Einheit aller Gruppen, aller Organisationen, die Einheit der Steine und der Molotowcocktails und diese Einheit zu stärken, mit Briefen, Telefonaten oder anderen Kontakten in die besetzten Gebiete zu unserem Volk, unseren Brüdern und Schwestern und unseren Genossen und Genossinnen. Unsere Vorschläge stabilisieren die Einheit der Steine und die Einheit der Molotowcocktails, die Einheit der Volkskomitees und damit die gesamte Einheit auf allen Ebenen. Natürlich überhöre ich die Frage nach der politischen Einheit der PLO nicht, dieses Thema darf nicht übersehen werden. Aber ich möchte sagen, daß wir dieses Thema gründlich beraten werden. Einige Brüder und Schwestern betonen die Unmöglichkeit einer Teilnahme an der US-amerikanischen Friedenskonferenz, solange die Siedlungen nicht gestoppt werden. Wie ich Shamir verstanden habe, wird er die Siedlungen nicht stoppen. Er hat sie nicht durch die arabische Wirtschaftsblockade stoppen lassen und nicht für Milliarden von US-Dollar. Diese Brüder und Schwestern, wenn sie es ehrlich meinen, werden Schwierigkeiten haben, die PLO noch zu finden, weil sie in der amerikanischen Initiative untergegangen sein wird. Wir werden im Rahmen der nationalen Einheit handeln, aber klar und scharf sein, wenn es erforderlich ist. Weil, wie ich auf meiner Rede vor dem PNC gesagt habe, diese US-amerikanische Initiative ein Vernichtungsangebot ist, bei dem von uns verlangt wird, unsere Probleme eigenhändig zu eliminieren. Das wird die PFLP, egal in welcher Form, nicht akzeptieren. Wir werden bleiben und wir wissen, daß Israel ein kolonialistischer Staat ist, wir werden als Palästinenser und Araber weiterkämpfen bis zur Erlangung eines demokratischen Palästinas.

Dr. Habash, können Sie uns sagen, ob

Sie von dem Ergebnis sehr enttäuscht sind?

Ich war nicht sehr überrascht. Warum? Weil ich weiß, wie sich der Nationalrat zusammensetzt. Wie Sie wissen, sind mehr als 60 % unserer Leute gegen diese amerikanische Konferenz. Das weiß ich ganz sicher. Jeder, der in Palästina, der Westbank oder im Ghazastreifen ist oder war, wird deutlich feststellen, daß mehr als 60 % dagegen sind. Aber, da wir keine Wahlen haben und keinen festgelegten Maßstab, nach dem oder in Übereinstimmung mit dem wir die Mitglieder berufen, können sie sich vorstellen, wie sich der Nationalrat zusammensetzt. Mit anderen Worten, er setzt sich zusammen

konzentrieren. Wir wollen eine Einheit der Steine und der Molotowcocktails, eine Einheit des Volkes. Wir dürfen die Frage der politischen Einheit bei den unterschiedlichen politischen Meinungen nicht übersehen, aber bisher hat der politische Streit nicht die weitere Zusammenarbeit in der PLO verhindert.

Dr. Habash, jetzt, nach der Verabschiedung der Resolution, was sind ihre größten Befürchtungen für die Zukunft?

Meine größte Sorge ist, daß wir uns jetzt aufgrund der Antwort des PNC bei einer Rekapitulation dieser Konferenz wiederfinden werden. Die Antwort war nicht einfach „Ja“, es war ein „Ja“ mit Bedingungen. Meine große Befürchtung



Dr. Habash vor dem Nationalrat

wie es dem Herrn Vorsitzenden gefällt. Und daher bin ich von den Ergebnissen nicht überrascht.

Werden Sie sich aus dem Exekutivkomitee zurückziehen? Oder die Volksfront?

Im Augenblick nicht. Im Augenblick nicht, nein. Ich sagte schon, daß wir mit der Frage der palästinensischen Einheit sehr vorsichtig umgehen werden. Sehr besonnen. Lassen Sie mich das trotzdem etwas näher ausführen. Einen Rückzug aus dem PNC wird es für uns ohnehin nicht geben. Warum? Weil der PNC die Heimat der Palästinenser und Palästinenserinnen ist. Die Frage ist lediglich, ziehen wir uns aus dem Exekutivkomitee zurück? Das ist eine Möglichkeit. Diese Möglichkeit wird vom Zentralkomitee der PFLP untersucht werden, wenn die Konferenz, die US-amerikanische Konferenz stattfinden wird. Aber im Augenblick müssen wir abwarten und sehen, weil die Möglichkeit groß ist, daß die Palästinenser an solch einer Konferenz nicht teilnehmen werden.

Dr. Habash, meinen Sie, daß die Konferenz überhaupt stattfinden wird?

Natürlich bin ich kein Prophet, aber ich kann sagen, daß die US-amerikanische Administration ihre ganzen Pläne und Kraft einsetzt, um die Konferenz abzuhalten. Aber ich glaube immer noch, daß es viele Hindernisse gibt, allen voran das palästinensische Hindernis. Nun, ich denke, daß Syrien natürlich teilnehmen wird, König Hussein wird teilnehmen, Ägypten wird teilnehmen. Aber das palästinensische Problem, auf welche Art die Palästinenser teilnehmen werden, ist nicht so einfach, wie sich Baker das denkt.

Was werden Sie die nächsten Tage unternehmen?

Wir möchten eine Einheit zwischen allen Organisationen innerhalb und außerhalb der PLO erreichen. Wenn Sie meine Rede gehört haben, wissen Sie, daß wir uns mehr auf die militärische als auf die politische und diplomatische Kraft

ist, daß die PLO einer palästinensischen Delegation grünes Licht geben wird, ohne daß diese Bedingungen erfüllt sind. Welche Position vertreten Sie dem palästinensischen Volk und der PLO-Führung gegenüber, wenn die Friedenskonferenz kein Erfolg wird? Würden Sie eine neue Sitzung einberufen, um über einen Rückzug von der Konferenz zu entscheiden?

Ich will nicht sagen, daß die Konferenz keinen Erfolg haben wird, aber sie wird wahrscheinlich keinen haben. Ich bedaure, sagen zu müssen, daß die PLO-Führung auf dieser Sitzung denselben Fehler wie in der vorangegangenen Periode gemacht hat, d.h. nachzugeben ohne Gegenleistung. Israel wird kommen und darauf spucken und sagen, daß sie trotz alledem kein Fußbreit Erde zurückgeben werden. Dann werden wir feststellen, daß wir geträumt haben und in diesem Fall denke ich, daß es unser Recht ist, die PLO-Führung einzuladen und für diesen wiederholten Fehler zu bestrafen. Wir haben seit 1989 verlangt, diesen PNC schnell einzuberufen. Vor den Ereignissen im Golf und vor der nationalen Position, die Arafat eingenommen hat, wären unsere Überlegungen und Gedanken, die wir zu dieser Sitzung hatten, stärker vertreten gewesen als jetzt.

Dr. Habash, können Sie uns etwas zu den Prinzipien sagen, die in dieser Resolution umrissen sind und jetzt als Vorbedingungen genannt werden?

Es wurden die palästinensischen Grundsätze oder Grundrechte angeführt. Zwar ist die PLO die einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes, aber das palästinensische Volk wird für das Erreichen seiner Selbstbestimmung, für seine Rückkehr und für die Errichtung des unabhängigen Staates kämpfen. Aber das wird ein palästinensisches Problem sein und muß in all seinen Teilen auf die internationale Gesetzlichkeit gestützt sein. Und die palästinensische De-

legation muß sich aus allen Palästinensern aus allen unterschiedlichen Teilen der Welt, einschließlich Al Quds (Jerusalem), zusammensetzen. Und es muß das Ende der Siedlungen bedeuten. Solange diese existieren, darf es keine Verhandlungen geben. Wir nennen das nicht Bedingungen, wir nennen es Basis für jedwede Lösung.

Dr. Habash, meinen Sie, daß der Beschluß Auswirkungen auf die Intifada haben wird? Wird es sie schwächen oder stärken?

Es tut mir leid sagen zu müssen, daß es objektiv einen negativen Effekt haben wird. Aber wir werden alles versuchen, einen solchen negativen Effekt zu vermeiden und wir werden versuchen, eine positive Wirkung trotz dieses ungenügenden Beschlusses zu erreichen.

Können Sie uns sagen, was die Pläne des PNC oder der PFLP sind, die Intifada zu unterstützen?

Das Ziel jetzt ist, die Intifada zu ihrem Anfang zurückzubringen, der Wucht und dem Kampfcharakter der Intifada zu Beginn. Das Negative, was in den letzten zwei Jahren passiert ist, ist, daß sich die Organisationen als Frontspitze dargestellt haben, obwohl alle wissen, daß die Intifada anfangs eine Volksbewegung war mit massiver und demokratischer Teilnahme. Wir würden es gerne sehen, zu dieser Stärke zurückzukehren. Das kann und muß als Überschrift gelten, wobei aber das Thema allgemein so umfassend ist und es viele andere beachtenswerte Punkte gibt.

(Eigene Übersetzung, aus Platzgründen leicht gekürzt)

Palästinensischer Nationalrat

Beschluß von der 20. Sitzung in Algier vom 23.-26.9.1991

In Einklang mit der palästinensischen Friedensinitiative von 1988 und mit internationaler und arabischer Legitimität, behandelte die Palästinensische Befreiungsorganisation auf konstruktive und effektive Art die Gedanken, Vorschläge und internationalen Friedensinitiativen, welche auf internationaler Gesetzlichkeit basieren; außerdem begrüßte sie die positiven Elemente, die in der Erklärung des US-Präsidenten Bush erwähnt sind, die Positionen der Europäischen Gemeinschaft, der Sowjetunion, der blockfreien Staaten und anderer internationaler Körperschaften. Die PLO, die die jetzigen friedlichen Bemühungen und Bestrebungen begrüßt hat, behandelte diese positiv, einschließlich des Auftrages der Präsidenten Bush und Gorbatschow, eine Friedenskonferenz zur Beilegung des Konfliktes im Mittleren Osten abzuhalten, und berücksichtigt, daß ein Erfolg dieser Bemühungen die Friedenskonferenz abzuhalten, weitergehende Anstrengungen mit den anderen Parteien erfordert, um folgende Grundlage zu realisieren:

Erstens, die Friedenskonferenz sollte auf internationaler Gesetzlichkeit und derer Resolutionen beruhen einschließlich der UN-Sicherheitsrats-Resolutionen 242 und 333, auf der Verpflichtung, ihnen Geltung zu verschaffen, mit der Sicherstellung des totalen israelischen Abzugs aus den besetzten arabischen und palästinensischen Gebieten, einschließlich der Heiligen Stadt Jerusalem, und auf der Durchsetzung des Prinzips von Land für Frieden und der nationalen und politischen Rechte des palästinensischen Volkes.

Zweitens, die erneute Versicherung, daß Jerusalem einen integralen Bestandteil der besetzten Gebiete bildet, für den dasselbe gelten wird, was in Einklang mit der Resolution des Sicherheitsrates und der Vereinten Nationen für die anderen besetzten Gebiete gilt.

Drittens, die Beendigung der Besiedlung der besetzten Gebiete, einschließlich der Heiligen Stadt Jerusalem, als unverzichtbare Notwendigkeit, um den Friedensprozeß zu beginnen, mit der Notwendigkeit, internationale Garantien zu gewährleisten, um dies sicherzustellen.

Viertens, das Recht der PLO, als der einzig legitimen Vertreterin des palästinensischen Volkes, die palästinensische Delegation von innerhalb und außerhalb des Heimatlandes, einschließlich Jerusalems, aufzustellen, die Formel ihrer Beteiligung an diesem Friedensprozeß auf gleichberechtigter Basis zu bestimmen, zur Versicherung der PLO als diesbezüglich zuständiger Autorität.

Fünftens, die Koordinierung der arabischen Positionen, um die Realisierung einer umfassenden Lösung zu sichern, unter Nichtbeachtung von Separatlösungen, in Übereinstimmung mit den Reso-

lutionen des arabischen Gipfels.

Sechstens, die Verbindung zwischen den Lösungsetappen bis zum Erreichen der endgültigen umfassenden Lösung sicherzustellen, in Einklang mit den Resolutionen der internationalen Gesetzlichkeit.

Auf diesen Grundlagen und Ausgangspunkten gegenüber den Friedensbemühungen zielt die PLO auf die Verwirklichung folgender Punkte:

Erstens, die Sicherung des Rechtes auf Selbstbestimmung unseres palästinensischen Volkes, einschließlich seines Rechtes auf Freiheit und nationale Unabhängigkeit.

Zweitens, der totale israelische Abzug aus den 1967 besetzten arabischen und palästinensischen Gebieten, einschließlich der Heiligen Stadt Jerusalem.

Drittens, die Lösung der Frage bezüglich der palästinensischen Flüchtlinge, die aus ihrem Heimatland durch Gewalt und Zwang vertrieben wurden, in Übereinstimmung mit den UN-Resolutionen, insbesondere der Resolution 149 der UN-Vollversammlung.

Viertens, die Notwendigkeit, daß jede Übergangsvereinbarung die Rechte unseres Volkes auf Souveränität über Land, Wasser und natürliche Rohstoffe und über alle politischen und ökonomischen Angelegenheiten beinhaltet.

Fünftens, für internationalen Schutz für das palästinensische Volk zu sorgen, in Vorbereitung der Ausübung des Rechtes auf Selbstbestimmung durch das palästinensische Volk.

Sechstens, die Sicherstellung vollkommener Garantien, um für den Abzug der bestehenden Siedlungen zu arbeiten, denn diese sind laut den Resolutionen der internationalen Gesetzlichkeit einschließlich der Resolution Nr. 465 des Sicherheitsrats illegal.

Der palästinensische Nationalrat ermächtigt das Exekutivkomitee zur Fortsetzung der jetzigen Bemühungen, um die besten Bedingungen zu schaffen, welche den Erfolg des Friedensprozesses sicherstellen, in Übereinstimmung mit den PNC-Resolutionen und unter der Bedingung, daß das Komitee die Ergebnisse an den Zentralrat weiterleitet, um die endgültige Entscheidung im Licht der höchsten nationalen Interessen unseres Volkes anzunehmen.

Die PLO, die im vorausgegangenen Stadium alle nur denkbaren Anstrengungen aufgebracht hat, um den Friedensprozeß voranzutreiben, hofft, daß die anderen Parteien, insbesondere die USA und die Sowjetunion, ihre Anstrengungen aufbieten werden, so daß sie ihrerseits die Hindernisse, die Israel dem jetzigen politischen Prozeß in den Weg gelegt hat, überwinden helfen und die Möglichkeit offenlassen, zum Sicherheitsrat zurückzugehen, um die Resolutionen der internationalen Gesetzlichkeit durchzuführen.

(Eigene Übersetzung)

Bürgerliche Politik puscht faschistische Parteibildung

Wahlsieg der DVU — Deutsche Liga für Volk und Heimat gegründet

Stuttgart. CDU/CSU und SPD fühlen sich nach dem Wahlsieg der DVU in Bremen und angesichts der pogromähnlichen Angriffe auf Immigranten dabei ertappt, wirksame Zuarbeit für die Neonazis geleistet zu haben. Von ganz rechts bis halblinks, von *Spiegel* bis *Bild* hatte sich zuvor eine „Das-Boot-ist-voll“-Kampagne durch die Sommermonate gewälzt mit immer deutlicheren rassistischen Diffamierungselementen gegen Flüchtlinge. Jetzt schlagen die bürgerlichen Politiker wieder menschlichere Töne an, besuchen sogar Flüchtlingswohnheime und kehren zurück zu den technokratischen Formen ihrer staatlichen Repressionspolitik. Die öffentliche Hetzkampagne ist fürs erste gestoppt, aber der braune Bodensatz hat sich abgesetzt.

Die DVU hat sich mit Hilfe der NPD-Mitgliedschaft in Bremen von einem Zeitschriftenverband in eine stabile Parteiorganisation verwandelt. Sie konnte ausländerfeindliche Stimmungen nutzen und in neue Wählerschichten einbrechen. Die NPD profitiert direkt durch den Einzug ihrer Leute über die DVU-Liste ins Bremer Stadtparlament. Das Bündnis NPD-DVU ist damit fürs erste stabilisiert und soll in Schleswig-Holstein erneut kandidieren. Beide Organisationen haben ihren Parteaufbau koordiniert, setzen kurzfristig auf parlamentarische Etablierung im Westen und Mitgliedergewinnung im Osten.

Rechte Szene: heftige Rivalität, wenig Abgrenzung

Die Rivalität im rechten Lager ist damit nicht beendet. Sowohl im Bereich der harten Nazis wie auch zwischen den neofaschistischen Parteien geht das Gerangel um die Vorherrschaft in der Szene weiter. Gleichzeitig wächst das koordinierte Zusammengehen auf der Ebene rechter Foren, Veranstaltungen, Aufmärsche und Publikationen. Ein Parteiprojekt hat den Zusammenschluß als Voraussetzung für die Bildung einer neuen, großen Rechtspartei zum Programm erhoben: die *Deutsche Liga für Volk und Heimat*, gegründet am 3. 10. 91 in Villingen-Schwenningen, nachdem in Stuttgart u.a. auf Drängen des DGB-Landesvorsitzenden die städtische Raumzusage zurückgenommen worden war.

Der Name klingt neu, das Personal ist einschlägig bekannt. 500 Anhänger, darunter maßgebliche Führungsleute und Mandatsträger aus der Rechten waren dabei. In Nachfolge der Deutschen Allianz, dieser Name wurde von der gleichnamigen Versicherungsgesell-

Landesvorsitzender aus Baden-Württemberg, betreiben dieses Projekt aus dem NPD-Umfeld heraus und stehen öffentlich dafür ein, ihre finanziell und mitgliedermäßig heruntergekommene Partei zugunsten einer neuen rechten Sammlungspartei aufzulösen.

Am Gründungskongreß teilgenommen hat auch Yvon Blot, persönlicher Berater von Le Pen. Ohne den französischen Front National, der Kontakte zu DVU, NPD und Rep pflegt, wären die finanziellen Voraussetzungen für eine neue Partei kaum gegeben. Denn weder Freys DVU noch die offizielle NPD mit ihrem neuen Vorsitzenden Günter Dekert, noch die Restbestände von Schönhubers Truppe sind im Augenblick bereit, ihren jeweiligen Anhang in das noch nicht kalkulierbare Einigungsunternehmen einzubringen. Schönhuber will die DSU einsammeln. Dekert verspricht sich weitere Hilfe von der DVU. Jedoch drängen Publizisten sowie Untergliederungen und kommunale Mandatsträger aller Rechtsparteien vehement auf Einigung angesichts der 5%-Hürde.

Bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 5. April 1992 soll die Deutsche Liga erstmals ins Rennen geschickt werden und beansprucht dafür die Hilfe von NPD, Rep und DVU.

„Nationale Subkultur einsammeln ...“

... empfiehlt Neubauers *Deutsche Rundschau* und meint damit, daß sich eine neue Parteiformierung der Rechten stärker auf neofaschistische Bandenbildungen, Nationalrevolutionäre und gewalttätige Skins stützen müsse. DVU-Oberskin Dr. Frey ist schon jetzt Hauptlieferant für Nazi-Utensilien der schlagenden Banden. Aus einer Gründungsveranstaltung der sächsischen DVU in Meißen heraus fand letzte Woche mit 60 Skins ein Überfall auf ein Flüchtlingsheim statt.

Nach diesem Kalkül soll sich das rechtsradikale Gewaltpotential an Nichtdeutschen austoben dürfen, um sich dann organisatorisch fester binden zu können. Hatten sich die gleichen Leute früher, des staatsmännischen Outfits wegen, noch verbal gegen Gewalt abgegrenzt, so wird inzwischen auf Sentimentalitäten weitgehend verzichtet.

Das Republikanerkonzept einer stabilen Brückenpartei zwischen Neofaschismus und Rechtskonservatismus gilt in diesen Kreisen vorläufig als gescheitert. Der DDR-Anschluß hat dafür gesorgt, daß keine taktischen Rücksichten mehr

vatismus der Rep entfernt, ohne den Bündnisanspruch gegenüber dem Konservatismus und den Anspruch verfassungsrechtlicher Legalität aufzugeben. Günter Rohmoser, Professor an der Uni Hohenheim, Ex-Strauß-Berater und Talk-Show Gast auf allen Kanälen, plädiert in diesem Zusammenhang für die Gründung vieler „patriotischer Gruppen von lokaler Ausstrahlung“ mit Vernetzungselementen.

Auch der Coburger Verleger Peter Dehoust, Herausgeber der Zeitschrift *Nation Europa* streitet schon seit 1985 gegen „kleinlichen Hickhack“ und für ein Zusammengehen der Rechten.

Rassismus schon im Mutterleib

Programmatisch lehnt sich die Deutsche Liga an die Aussagen von NPD und Rep an, bestimmt ihre Themen jedoch stark im Fahrwasser herrschender Politik: Einwanderer werden beschuldigt, „das soziale Netz zu zerreißen“, weswegen ihnen alle Rechte, besonders das Wahlrecht und das Kindergeld, nicht zukommen sollen. Alle Formen der Mitbestimmung, also z.B. in Elternbeiräten, Betriebsräten etc., sollen an die deutsche Staatsbürgerschaft gekoppelt werden. Soziale Gegenwehr wird nationalistisch umgewertet und gegen die Ärmsten gerichtet.

Der Solidaritätsbegriff wird demokratiefreudlich mißbraucht für eine Zwangsgemeinschaft von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die gewerkschaftliche Mitbestimmungsrechte ausschließt. Betont werden die speziellen Interessen „eines gesunden Mittelstands und der deutschen Landwirtschaft“.

Die faschistische Sicht der Frau als völkische Gebärmachine wird neu aufgetischt: Als „Ausdruck der Liebe zu Volk und Heimat“ wird Schwangerschaftsabbruch aus sozialen Gründen abgelehnt. „Konsequenter Schutz des Volkstums fängt im Mutterleib an“, heißt es wörtlich. Weiter bietet das Gründungsprogramm eine braune Mischung aus Parolen für „Recht und Ord-



Demonstration am 3. Oktober in Stuttgart: Auf der Abschlußkundgebung sprachen u.a. Gertrud Müller von der Lagergemeinschaft Ravensbrück sowie Vertreter der Organisatoren und der Volksfront. — (Bilder: rok)

nung“, für „gesunde Ernährung des eigenen Volkes“, „Recht auf Arbeit für Deutsche“ etc.

Völkische Diktaturen im neugeordneten Europa

„Das Europa der Zukunft muß das Europa freier Völker sein“, heißt es im Programm der Deutschen Liga einigermaßen unverfänglich genscheristisch. Was gemeint ist, drückt Liga-Vordenker Dehoust auf dem Titelblatt seiner Zeitschrift so aus: „Barbarossa wartet auf Glasnost“, die eigentlichen Segnungen für die osteuropäischen Völker hätte es unter der faschistischen Besatzung gegeben, jetzt sei es Zeit, die Geschichte des deutschen Überfalls umzuschreiben.

In der neuen Ausgabe bejubelt Dehoust den „Triumph des nationalen Prinzips des Selbstbestimmungsrechts“ in Bezug auf Slowenien, Kroatien und die Baltenrepubliken und kritisiert mangelnde deutsche Einmischung. Nirgends geht es den Rechten um die Befindlichkeit dieser Völker. Sie versprechen sich vom Sieg der Apartheid gegen den Internationalismus einen Erfolgsschub für ihre großdeutschen Ansprüche. So ist die DVU stark beteiligt an der Organisation deutsch-nationalistischer Zusammenhänge in Südtirol, der CFSR und Polen.

Die Ablehnung des solidarischen Zusammenlebens verschiedener ethnischer Gruppen in sogenannten Vielvölkerstaaten ist faschistisches Prinzip, das auch Eingang findet in die bundesdeutsche Außenpolitik. Die offene und einseitige Unterstützung reaktionärer Bewegungen in Kroatien und Slowenien durch die BRD wird von den Faschisten begierig aufgegriffen. „Europas Neuordnung maschiert“, schreibt Dehoust und sieht die Zeit reif, mit einer neuen Partei von Osteuropa bis Südtirol wirksam für deutsche Interessen einzustehen zu können.

Nationalismus kommt nicht aus der Lederhose, er entspricht auf dem Balkan und in Osteuropa den Expansionsinteressen des deutschen Kapitals.

Antifaschistische Politik darf sich nicht darauf beschränken, diese und die nächste rechte Parteibildung zu stören. Rechte Ideologie faßt Fuß in allen sozialen Schichten der Bevölkerung. Notwendig ist eine demokratische und soziale Initiative, die diesen Prozeß rückgängig macht, die Immigranten schützt, für eine gesellschaftliche Achtung dieser Ideologien sorgt und gleichzeitig die Interessen der gedrücktesten Teile der Bevölkerung auf selbstbestimmte und emanzipatorische Weise wahrnimmt. — (Bernhard Strasdeit/VF)

Tausend Menschen demonstrieren gegen Rassismus

Widerstand gegen den Gründungskongreß der Deutschen Liga

Im Juli meldeten ehemalige NPDler beim Stuttgarter Liegenschaftsamt eine Vortragsveranstaltung der Deutschen Allianz im Kursaal Bad-Cannstatt an. Die Anmelder spekulierten — vorerst erfolgreich — darauf, daß sich der zu-

Liga sowie den in der *Deutschen Rundschau* erschienenen Aufruf zum Gründungskongreß am 3. 10. 91 an zahlreiche Adressen im Antifa-Spektrum, vor allem in der Region Mittlerer Neckar, und ruft dazu auf, sich über Möglichkeiten des Protests zu verständigen.

In den Tagen danach wird vor allem seitens des DGB-Landesbezirks darauf gedrängt, daß die Stadt — nun ins Bild gesetzt — den Vertrag kündigt. Das Rechtsamt tut dies wegen arglistiger Täuschung, worauf der frühere NPD-Vorsitzende Martin Mußnug beim Verwaltungsgericht (VG) Stuttgart eine einstweilige Anordnung dagegen beantragt. Am 27. September werden von der Volksfront weitere Mitteilungen und Materialien zur Deutschen Liga und zur Sammlungsbewegung der faschistischen Rechten verbreitet und darauf aufmerksam gemacht, daß Mitglieder der Deutschen Liga zu der faschistischen Strömung der sog. Revisionisten gehören, welche u.a. die Massenmorde an den Juden im Dritten Reich leugnen, was strafrechtlich zu verfolgen ist.

Am selben Tag erscheint in hoher Auflage ein Flugblatt der „Andi Fah“ aus „Kaputtgatt“, in dem zur Blockade des Kursaals aufgerufen wird. Tags darauf wird auf dem zweiten Antifaschistischen Musikfest in Stuttgart-Hallschlag, an dem 2—3000 Leute teilnehmen, zu Protestaktionen am 3. 10. 91 aufgerufen. Ein Aktionskreis gegen Ausländerfeindlichkeit meldet eine Kundgebung vor dem Kursaal und eine Demonstration durch Cannstatt an, die beide genehmigt werden. Die *Stuttgarter Presse* berichtet seit dem 29. 9., überwiegend sachlich.

Am 1. 10. weist die neunte Kammer des VG Stuttgart den Antrag auf einstweilige Anordnung der Deutschen Liga aus Sicherheitsgründen zurück. Daraufhin kündigt der Bundesgeschäftsführer der Liga, Franz Glasauer, an, am 3. 10. mit 800 Anhängern die CDU-Wieder-

vereinigungsfeier im Bierzelt auf dem Cannstatter Wasen aufzumischen. Parallel legen die Faschisten beim Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Mannheim Beschwerde gegen den VG-Beschluß ein. Seit längerem bemühen sie sich, wie sich später herausstellt, um Ersatzräume in Esslingen-Zell, auf einem Neckarschiff und in Villingen-Schwenningen (Tonhalle).

Am 2. 10. kassiert der VGH den VG-Beschluß und verpflichtet die Stadt Stuttgart, der Deutschen Liga gegen eine Kaution von 100000 DM und Schadensersatz für alle eventuell entstehenden Schäden am Gebäude den Kursaal zur Verfügung zu stellen. Das städtische Liegenschaftsamt wartet an diesem Tag bis 19 Uhr vergebens auf das Geld. Zur selben Zeit entscheidet der Bundesvorstand der Deutschen Liga, den Gründungskongreß nach Villingen-Schwenningen zu verlegen.

Am 3. 10. gründen ca. 500 Faschisten die Deutsche Liga für Volk und Heimat. Glasauer gibt die Parole aus: „Wir wollen deutsch sein im Denken. Fühlen und Handeln.“ Als Ziel für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 5. 4. 92 werden 15% der Wählerstimmen anvisiert. Ca. 1000 Polizeibeamte sind an diesem Morgen in Cannstatt postiert, um den Faschistenkongreß zu schützen. Der Einsatz kostet 250000 DM. Ca. 1000 Leute aus dem antifaschistischen, vor allem autonomen Spektrum demonstrieren nach einer Kundgebung vor dem Kursaal unter der Hauptlosung: „Verteidigt die Flüchtlinge gegen Ausländerbehörden, Faschisten und Medienhetze“. Die Gewerkschaften, die SPD und die VVN/BdA haben nicht zu diesen Aktionen aufgerufen. Der Versuch der Polizeiführung, die geschlossene Demonstration vor dem Cannstatter Wasen in provokativer Weise aufzulösen, kann abgewehrt werden. — (zem)



Transparente und Reden gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus: „Weg mit dem reaktionären Ausländergesetz“

schaft gerichtlich kassiert, soll nach dem Rep-Debakel ein neuer Anlauf genommen werden. Mit von der Partie sind Harald Neubauer und Johanna Grund, Europaabgeordnete der Rep und ehemalige Rep-Vorstandsmitglieder, sowie Rudolf Kendzia, der Berliner Rep-Exschatzmeister. Martin Mußnug, zurückgetretener NPD-Bundesvorsitzender, und Jürgen Schützinger, Ex-NPD-

genommen werden. Die Deutsche Liga orientiert auf eine „zeitgerechte Volkspartei und eine schlagkräftige Nationalbewegung“, die sich nicht auf die Funktion einer Wahlpartei beschränkt, sondern auch „spontane und öffentlichkeitswirksame Aktionen vor Ort“ inszeniert. Hoyerswerda läßt grüßen!

Der Schwerpunkt dieser neuen Formierung hat sich vom Nationalkonser-

ständige Sachbearbeiter unter diesem Namen eine seriöse Versicherungsgesellschaft vorstellt und nicht sofort den zweiten Namensteil dieses faschistischen Sammelbeckens „Vereinigte Rechte“ assoziiert. So etwas nennt man arglistige Täuschung.

Am 18. September verschickt die Volksfront Baden-Württemberg das Gründungsprogramm der Deutschen

Mahnmal für Zwangsarbeiter

Köln: Mehrere Kirchengemeinden wurden dafür tätig

Köln. Ein Mahnmal zur Erinnerung an die Zwangsarbeiter während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurde am Samstag dem 28. September im Kölner Ortsteil Longerich eingeweiht. Es steht auf dem Gelände des früheren Lagers „Richards-hof“ im heutigen Neubaugebiet Lindweilerweg Lützlongericher Straße. Hier war während des zweiten Weltkrieges eins von insgesamt mindestens fünf Lagern für ausländische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in diesem Stadtteil. In ganz Köln gab es nach „gesicherten Angaben“ des historischen Archivs der Stadt mindestens 200 Lager. Errichtet wurde das Mahnmal auf Initiative der aus mehreren Kirchengemeinden entstandenen ökumenischen Friedensgruppe Gartenstadt-Nord.

Im Lager „Richards-hof“ lebten nach Erkenntnissen des NS-Dokumentationszentrums rund 100 russische Kriegsgefangene, lange Zeit unter permanenter

Lebensgefahr. Ihre Hauptaufgabe war es nach vorliegenden Informationen, an der militärischen Deckung des damaligen Militärflugplatzes Butzweilerhof mitzuwirken. Dies wahrscheinlich auch während der alliierten Bombenangriffe.

Gestaltet wurde die Mahntafel von der Kölner Künstlerin Rosemarie Peter. Die Kosten (einschließlich Aufstellung) von rund 8000 Mark wurden durch eine Spende der Evangelischen Gemeinde Gartenstadt-Nord und finanzielle Unterstützung der Bauträgergesellschaft Grund und Boden aufgebracht, auf dem heutigen Gebiet das Mahnmal steht.

Mit dem Mahnmal wollen die Initiatoren einen Beitrag zum „unverzichtbaren Erinnern“ an die Greuel deutscher Gewaltherrschaft erbringen. „Wir wollen, daß diejenigen, die unter uns Deutschen gelitten haben, niemals vergessen werden“, so heißt es im Text der Tafel. Nicht mehr, aber auch nicht weniger soll sie leisten. — (Friedensgruppe Longerich)

Schutz und Solidarität für betroffene Asylanten

Norderstedt. Wie vielerorts warfen Faschisten in der Nacht zum 3. Oktober eine Brandbombe vom fahrenden Auto aus in eine Unterbringung von Asylsuchenden. Ohne Schaden anzurichten, konnten die Flamme gelöscht werden. Während die lokalen SPD-Größen auf einer Deutschlandfeier im Rathaus nachfolgenden Satz der Presse mit auf den Weg gaben, sie wollten „die Initiative ergreifen zu versprechen, daß alles unternommen werde, sie künftig zu schützen“, trafen sich ca. 90 Antifaschisten noch am gleichen Abend, um zu beraten, welche politischen Aktionen und welche Hilfe für die Betroffenen zu leisten wären. Noch in der Nacht fand eine spontane Demonstration statt, Wachen für die Unterkünfte wurden organisiert und für die nächste Sitzung der Stadtvertretung ist zahlreicher Besuch angesagt. — (hel)

Süddoldenburg: Tiefflüge werden fortgesetzt

Oldenburg. Die Kommunale Bundesvereinigung gegen Tieffluglärm forderte auf der Jahreshauptversammlung am 24.9.91 in Bonn die sofortige Einstellung aller militärischen Tiefflug- und Luftkampfbüßungen über dem Bundesgebiet. Es wurde den Kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaften der sieben Tieffluggebiete empfohlen, am 8.11. Großdemonstrationen zu organisieren. Mitte Oktober soll auf einer Versammlung der Kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft für das Tieffluggebiet „Area 1“ über die Demonstration entschieden werden. Der Arbeitsgemeinschaft gehören 42 Kommunen und Landkreise zwischen Bersenbrück und Westerstede an. Aus der „Area 1“ klagen z.Zt. die Städte Lönning und Quakenbrück sowie der Landkreis Cloppenburg gegen das Bundesverteidigungsministerium. Seit dem Frühjahr 1991 wurden in Süddoldenburg wieder bis zu 200 Tiefflüge pro Tag festgestellt.

Quelle: Nordwest-Zeitung, 25.9.91 — (jot)

Bayernpartei weiter gegen das Grundgesetz

Regensburg. Mitte Juli wurde die Popularklage der Bayernpartei beim bayer. Verfassungsgerichtshof abgelehnt, mit der sie gegen einen Beschluß des Bayerischen Landtags von 1949 antrat, in dem das GG zwar abgelehnt aber als Provisorium rechtsverbindlich anerkannt wird. Jetzt fordert die BP die Abgeordneten des Bayer. Landtags auf, wegen der „Sicherung der bayerischen Interessen gegenüber einem größeren Deutschland und einer nationalstaatlich geprägten EG“, das GG abzulehnen. Nach der Wiedervereinigung und dem „Verzicht auf die deutschen Ostgebiete“ sei das GG heute gegenstandslos. Für den Landesparteitag am 13. Oktober will die BP einen Verfassungsentwurf vorlegen. — (uth)

„Von der Maas bis an die Memel“ — „Tag der Heimat“

Lüneburg. Mit dem Absingen des Deutschlandliedes („aber alle drei Strophen!“) beendeten die ca. 70 Teilnehmer die Veranstaltung des BdV zum „Tag der Heimat“. Oberbürgermeister Schreiber zur Begrüßung: Solange er OB sei, gebe es keine Verweigerung städtischer Räume für den BdV, wie das immer wieder einzelne forderten, „für mich ein ganz, ganz großes Zeichen von Intoleranz“. Für diese „deutlichen Worte“ bedankte sich BdV-Sprecher Zinke nachdrücklich. Scharf kritisierte Zinke das „erbärmliche Versagen“ der Regierung Kohl. Mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze verzichte „unsere Regierung auf ein Drittel deutschen Reichsgebietes“.

Das Hauptreferat für „Freie Selbstbestimmung und Recht auf die Heimat“ hielt der Kieler Journalist Uwe Grewe. Grewe kritisierte, daß man die deutsche Frage nicht als die nationale Frage begriffen habe und dafür mobilisiert habe. Den Mangel an „gesundem, vernünftigem“ Nationalbewußtsein, der von allen Parteien verursacht sei, machte Grewe auch dafür verantwortlich, daß die Wandlungen im Osten insgesamt von den Deutschen nicht den Möglichkeiten entsprechend genutzt worden seien. Allerdings betrachte er die Übernahme der maroden „Polenwirtschaft“ durch die deutsche Wirtschaft nur als eine Frage der Zeit. Unter deutscher Regie würden die Polen dann „nicht nur zu gebrauchen sein, sie werden, wie schon einmal, ein Ferment für die deutsche Wirtschaft werden.“ Als weitere Zukunftsaussicht zeichnete Grewe das Bild eines „freien“ Sibiriens, dessen „ungeheure Rohstoffvorkommen dereinst von deutschen Betrieben abgebaut werden.“ — (ulb)

NPD-Vorsitzender Deckert zur Wahlstrategie

Weinheim. Deckert, der zuletzt u.a. in Mannheim, Hirschberg und Heilbronn bei OB-Wahlen kandidierte, erhielt am 29.9. bei der OB-Wahl in Achern 1,2% der Stimmen und will auch zum 2. Wahlgang antreten, um „wie in Bremen deutliche Signale zu setzen“. Als Ergebnis einer Tagung des NPD-Landesvorstands in Weinheim ließ Deckert in der Presse verbreiten: „Nach dem Wahlergebnis von Bremen müßten der Bundesvorstand, aber auch der Landesverband der NPD die Wahlstrategie überdenken. Der Bremer DVU-Erfolg ist erst über das Bündnis-Denken rechter Parteien möglich geworden.“ Am 1.9. hatte Deckert noch erklärt, daß die NPD auf jeden Fall bei den baden-württembergischen Landtagswahlen im April '92 kandidieren werde, er als Direktkandidat im hiesigen Wahlkreis. — (bef/VF)

Antifa-Ratschlag in Dresden am 1.-3. November

Berlin. Die Durchführung eines Antifa-Ratschlages wurde am 14.9.91 auf einem bundesweiten Treffen in Berlin beschlossen. In einem Vorschlag für die Durchführung heißt es einleitend: „Wir wollen beraten und diskutieren, wie die zunehmenden rassistischen Übergriffe zurückgedrängt und verhindert werden können. Wir denken, dies bedeutet zu allererst eine praktische Koordinierung, aber auch eine Diskussion über die Ursachen dieser menschenverachtenden Taten.“ Zur Koordinierung ist ein Telefon montags und donnerstags von 17 bis 19 Uhr besetzt (Tel. Nr. 2292912, Vorwahl Berlin/Ost oder Fax. Nr.: 2071612, Hinweis: Antifa Ratschlag). — (hga)

Stuttgart. Die von Bild in verschiedenen Städten aufgelegte Serie „Asylanten in ... Wer soll das bezahlen?“ mit Hetzbehauptungen gegen Flüchtlinge und zum Teil genauer Lageangabe von Unterkünften stieß — wie abgebildet — auf Empörung und Ablehnung. Nach der Welle von Anschlägen mündet Bild jetzt den Unschuldigen: „Seht her, ihr Feiglinge! Das verbrannte Asylantenkind“ titelt die Redaktion am 8. Oktober über dem Bild eines bei einem Überfall schwerverletzten Kindes. Feige sind die Anschläge der Faschisten ganz bestimmt — aber was sind dann die Anstifter an den Schreibtischen? — (alk/Bild: alk)



Protestaktion Hamburger Sozialarbeiter

Keine Abschiebung von De-Facto-Flüchtligen in Krisengebiete!

Hamburg. Bisher durften Flüchtlinge nicht in Staaten abgeschoben werden, in denen ihr Leben oder ihre Freiheit bedroht ist. Die Länder konnten Flüchtlingen, deren Asylanträge abgelehnt worden waren, ein befristetes Bleiberecht

gewähren. Dieser zumeist als Duldung erteilte Aufenthaltsstatus schützte bisher hunderttausende Flüchtlinge vor Abschiebung. Mit dem neuen Ausländergesetz wurde dieser Schutz weitgehend aufgehoben.

Mitte September protestierten Sozialarbeiter, Dolmetscher, Berater und Lehrer verschiedener öffentlicher Einrichtungen mehrere Tage vor der Ausländerbehörde gegen die beabsichtigte Massenausweisung bisher „geduldeter“ Flüchtlinge. Ab dem 1. Oktober bzw. einige Wochen oder Monate später sollen viele Flüchtlinge, die bisher ein Bleiberecht hatten, ausgewiesen werden. Nach Schätzungen der Sozialarbeiter sind in Hamburg davon 4000 bis 5000 Flüchtlinge betroffen, bundesweit rechnet Innenstaatssekretär Eduard Lindner mit 100000 bis 200000 Abschiebungen. — Wir veröffentlichen im folgenden die Protesterklärung der Sozialarbeiter. — (hab)

„Als SozialarbeiterInnen der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales, den Hamburger Bezirken sowie von Beratungsstellen für Flüchtlinge haben wir die Aufgabe, Flüchtlinge, die in Hamburger Gemeinschaftsunterkünften leben, zu beraten und zu betreuen.“

Die Einführung des neuen Ausländergesetzes hat bei den Flüchtlingen zu erheblichen Verunsicherungen ge-

führt, was in unserer täglichen Arbeit vor Ort deutlich spürbar ist. Besonders betroffen sind u.a. Flüchtlinge aus Ländern wie Iran, Afghanistan, Sri Lanka, Libanon etc., die bislang in der Bundesrepublik bleiben konnten, auch wenn ihr Asylantrag abgelehnt worden war (De-facto Flüchtlinge).

Menschen, die schon vor Jahren in die BRD eingereist sind mit der Gewißheit, auch ohne Asylanerkennung wegen der bestehenden Bedrohung im Heimatland hier bleiben zu können, sollen jetzt nach dem Willen des Bundesinnenministers abgeschoben werden.

Ohne erkennbaren Grund, ohne sichtbare Änderung der Situation in den Herkunftsländern werden diese nicht mehr als sog. „Krisengebiete“ bezeichnet, eine Abschiebung daher für möglich gehalten. Dies ist um so erstaunlicher, als noch vor kurzem eine Abschiebung in diese Länder grundsätzlich, d.h. ohne Einzelfallprüfung nicht möglich war, weil eine Bedrohung für Leben, Freiheit oder körperliche Unversehrtheit bei einer Rückkehr nicht ausgeschlossen werden konnte.

Aktuelle Zeitungsberichte und Mel-

dungen sowie Länderberichte von „amnesty international“ belegen, daß sich die Situation in den betroffenen Ländern keineswegs gebessert hat.

Die immer wieder neu auflebende Diskussion über das Asylrecht zeigt deutlich, daß es dabei nicht um den Schutz von verfolgten Menschen geht, sondern um die möglichst schnelle Abschiebung von AusländerInnen aus Deutschland.

Wir protestieren gegen diese Politik, deren Ziel es ist, ohne Rücksicht auf die völlig ungewisse Situation in den Herkunftsländern eine große Gruppe von Flüchtlingen abzuschieben.

Den Hamburger Senat fordern wir auf, sich für den Verbleib dieser Flüchtlinge einzusetzen und sich nicht hinter der Entscheidungskompetenz des Bundesinnenministers zu verstecken.

Gleichzeitig wollen wir einen Beitrag zur besseren Information der Flüchtlinge leisten, da sie auf Grund der sich ständig verändernden Rechtslage ein großes Informationsdefizit haben.“

SozialarbeiterInnen der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales, der Bezirke sowie der Beratungsstellen für Flüchtlinge in Hamburg

Stadt will AJZ schließen

„Stützpunkt der linksextremistischen Szene“?

Bielefeld. 1978 kaufte der „Verein zur Einrichtung und Förderung eines unabhängigen Jugendzentrums“ ein Haus, denn „es wurde bald klar, daß die Stadt kein Interesse hatte, dem Arbeiterjugendzentrum (AJZ) freiwillig ein Haus zur Verfügung zu stellen.“ Der Jugendhilfeausschuß der Stadt hat dem Verein jetzt sämtliche Mittel gestrichen und die Förderungswürdigkeit vorläufig abgelehnt. Der Verein sei „dem Grundgesetz nicht förderlich.“ Die Fraktion der Grünen stimmte dagegen. Die SPD verlangte vom Verein eine Distanzierung vom Infoladen Anschlag, der im AJZ Räume angemietet hat. Als die Hausversammlung des AJZ dies nicht tat („Hier versuchen Kräfte durch künstlichen Distanzierungsdruck zu spalten“), stimmte die SPD dem faktischen Schließungsbeschluß zu. Landesgelder wurden bereits gestrichen.

Bei ihrem Beschluß hat sich die Stadt auf ein Dossier, daß der Sozialdezernent vom Polizeipräsidenten Kruse (SPD) angefordert hatte, bezogen. Dieses Dossier zeigt, daß das AJZ seit mindestens einem Jahr systematisch vom Staatsschutz und der örtlichen Polizeibehörde bespitzelt wurde. „Am 25.7.1991 wurde im Infoladen Anschlag das Buch Rote Zora verkauft ... In der Vergangenheit wurden immer wieder Solidaritätsbekundungen mit den Verurteilten und

Angeklagten der RAF ausgesprochen. Am 19.7.1991 fand im AJZ eine Vorbereitungsveranstaltung für eine Demonstration vor der JVA, zum Thema Zusammenlegung von politischen Gefangenen statt ... Wie in den Medien berichtet, wurden im April 1991 bei einem Vorbereitungsstreffen für den Prozeß gegen Holger Deilke im Kinosaal des AJZ Kopien des Bekenntschreibens der RAF zum Mord an Dr. Rohwedder verteilt ... Der Buchladen gibt monatlich ein mehrseitiges DIN-A-4-Flugblatt heraus.“ Das Dossier enthält eine Auflistung fast aller in Infoladen erhältlichen Publikationen sowie Flugblätter, wie z.B. ein „Aufruf zum Wahlboykott vom 2.12.1990.“ Die Ermittlungen der Bielefelder Polizei haben jetzt zu 129 Verfahren gegen Unbekannt geführt. Angeblich „wird nicht gegen Verantwortliche des AJZ ermittelt“, erklärte der Pressesprecher der Generalstaatsanwaltschaft in Düsseldorf.

Gegen die Angriffe auf das AJZ haben am 25.9. über 300 Leute demonstriert. Eine Unterschriftensammlung wird organisiert. Der Rat hat ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, daß im November im Rat vorgelegt werden soll. Die Fraktion der Grünen im Rat will den Beschluß des Jugendhilfeausschusses nicht hinnehmen.

Zitate aus: Stadtblatt Nr. 40 u. 41 — (stb)

ABB: Weltweite Abbaupläne

Doch überall gibt es heftige Gegenwehr

Mannheim. In den Politischen Berichten 19/91 berichteten wir über die Kahl-schlagpläne des Elektromultis Asea Brown Boveri (ABB) und den Widerstand der Belegschaft im ABB-Werk in Mannheim-Käfertal. Allein in Mannheim sollen 520 bis 570 Arbeitsplätze aus der Produktion, den kaufmännischen und Ingenieurabteilungen abgebaut werden. Dazu kommen rund 320 Beschäftigte, deren Bereiche ausgelagert oder verkauft werden sollen. Energieversorgung (Kesselhaus), Schreinerei, Werkenschutz, Werkdruckerei, Büromaschineninstandsetzung und Werkskantine. Doch auch in den anderen Werken soll abgebaut werden. Protestversammlungen gab es u.a. bei Bergmann & Borsig in Berlin und beim Elektromaschinenwerk in Saarbrücken, wo die Beschäftigten wegen der drohenden Schließung zum Landtag zogen.

Inzwischen ist klar, daß die Konzernpläne Teil eines weltweiten Umstrukturierungsplans sind. Nachdem ABB in den letzten Jahren wie ein Weltmeister Firmen aufgekauft hat, wird jetzt „konsolidiert“ und „restrukturiert“. Die Wirtschaftspresse feiert dabei den Konzernvorsitzenden Barnevik als „Supermanager“, „Megastar“ oder „Manager des Jahres“. Das Industriemagazin titelt über den „Scharfmacher“: „Tempo als Erfolgsfaktor — kein Manager gibt

mehr Gas als ABB-Chef Percy Barnevik. In einem Interview gibt er die Vorgaben: „Nummer fünf, sechs oder zehn (weltweit) ist wirklich ein unattraktiver Kampf.“ (Industriemagazin 8/89). Für den Spitzenplatz sollen sogenannte Randaktivitäten verkauft werden. Alles, was keine Profite abwirft, soll raus.

Durch das Einsteigen in den gewaltigen Markt des ehemaligen Ostblocks beschleunigte sich das von langer Hand geplante Konzernkonzept. Schon im September '90 machte der Vorstandsvorsitzende von ABB Deutschland, Körber, deutlich, um was es bei den Ostmärkten geht: „Ein geeinter Wirtschaftsraum zwischen Atlantik und Ural mit seinem Mix aus Hoch- und Niedriglohnländern schafft weltwirtschaftliche Kostenvorteile, die ein EG-Europa nicht bieten kann.“

Inzwischen hat ABB Firmen u.a. in Polen, Ungarn, Jugoslawien und in der ehemaligen DDR gekauft. Jetzt wird demnächst die Sowjetunion drankommen. Vorstandsmitglied Simon hat schon letztes Jahr bezüglich dem Ostgeschäft angekündigt: „Wir können auch hier nur Lösungen zustimmen, die in kurzer Zeit wieder Rückfluß bringen.“ Wegen des Profits werden so nach Rübermanier riesige, nicht so rentable Kapazitäten abgestoßen und Massenentlassungen vorgenommen. — (scr)

Arbeitszeitordnung soll nicht gelten?!

Hamburg. Wir berichteten kürzlich bereits darüber, daß im Verwaltungsbereich (Finanzen, Controlling) der Jungheinrich AG gewaltige Überstundenanträge — teilweise bis zu 40 Stunden pro Monat und Person — zur Verhandlung anstanden. Der Betriebsrat hatte zu diesen Überstundenvolumina seine Zustimmung verweigert, denn für die meisten Kolleginnen und Kollegen war die durch § 6 der Arbeitszeitordnung (AZO) gesetzte Grenze von maximal 10 Stunden an höchstens dreißig Tagen im Jahr längst ausgeschöpft. Die Einigungsstelle bewilligte nun Jungheinrich etwa zwei Drittel der beantragten Stunden. Nicht die Einigungsstelle ist für die Einhaltung der AZO zuständig. Dem Betriebsrat bleibt es jetzt überlassen, Anzeige bei der Gewerbeaufsicht zu stellen, soll die AZO bei Jungheinrich gelten. — (hel)

Entlassungen in der Polstermöbelproduktion

Oldenburg. Die Unternehmensgruppe Robert Vietor (Polstermöbelproduktion) wird zum 1. November 95 Beschäftigte in den Standorten Ovelgönne (Landkreis Wesermarsch) und Wilhelmshaven entlassen. In Ovelgönne werden 40 Näherinnen entlassen, da die Näherei nach Polen verlagert wird, um die Löhne von DM 0,62/Min. auf 0,25/Min. zu senken. In Wilhelmshaven sind 55 der 180 Beschäftigten der Domo Design-Möbel GmbH betroffen. Im laufenden Geschäftsjahr soll der Umsatz um mehr als 50 % auf ca. 80 Mill. DM steigen, für die nächsten Jahre wird bei einer geschrumpften Belegschaft mit einem Umsatz von 90 Mill. DM gerechnet.

Quelle: Nordwest-Zeitung, 25.9.91 — (jot)



Gelsenkirchen. Mehr als 18000 Bergarbeiter, Delegationen von anderen Gewerkschaften wie ÖTV, GdP, IG Metall, IGBSE sowie Delegationen aus der ehemaligen DDR, demonstrierten am 27.9. allein in Gelsenkirchen gegen die Kohlepläne der Bundesregierung. Insgesamt waren die Aktionen der IG Bergbau die größten seit den 60er Jahren. — (tja)

Schwierige Gegenwehr gegen Akkordverschärfung

Bei C. Freudenberg wird die Leistungsschraube angezogen — Beschäftigte wehren sich

Weinheim. „Durch intelligente Lösungen soll die Produktivität gesteigert werden, und nicht einfach durch Leistungserhöhung des Einzelnen“, so Dr. Reinhart Freudenberg. Wie diese „intelligenten Lösungen“ tatsächlich aussehen, müssen derzeit Arbeiterinnen und Arbeiter aus mehreren Abteilungen erleben.

In den IZ-Fertigungen (Simmering-Produktion) werden immer mehr „Wartezeiten“, die durch Heiz- oder Prozesszeiten der Maschine (meist jeweils nur für Sekunden) entstehen, mit zusätzlichen Tätigkeiten wie zum Beispiel Endbearbeitung und Kontrolle aufgefüllt.

Im Kunststoffwerk wird allgemein eine 20-prozentige Leistungssteigerung angezielt.

Im Nora wird in mehreren Produktionsstufen die Kapazität durch Beschleunigung statt durch zusätzliche Maschinen (und Personal) ausgeweitet. Die Erhöhung der Knetergewichte in der Einnischung führt dazu, daß in gleicher Zeit 10 Prozent mehr Kilo bearbeitet werden müssen: Zum Beispiel bei einem „Abhängen“ von rund 20 auf 22 Tonnen pro Schicht!.

In der Nora-Presserei wurden zum Zwecke der Kosteneinsparung zum dritten Mal (nach 1982 und 1988) die Heizzeiten für die hauptsächlich gefertigten Pressenbeläge verkürzt (seit 1982 um ca 20 %!). Die Folge: Mehr Runden, mehr Leistung, mehr Platten zum gleichen Lohn!

„Sollen wir Roboter sein oder Menschen, die ihr Rentenalter erreichen kön-

nen?“ Das fragte ein türkischer Presser auf einer Abteilungs-Versammlung. Die schweren körperlichen Belastungen in der Presserei unter teilweise schlimmen Arbeitsbedingungen (Hitze, gesundheitsschädliche Dämpfe, hohe Belastung einzelner Muskeln), führen zu erhöhtem Gesundheitsverschleiß, der die Grenze des Zumutbaren längst erreicht bzw. überschritten hat.

Die Abteilungsleitung sieht das anders. „Angesichts der harten Arbeit ist das einfach unanständig und verantwortungslos, berichtet das „Frischer-Wind-Info“ der „kritischen Gewerkschafter“ bei CF!

Der zuständige Abteilungs-Betriebsrat hat die neuen Akkordzeiten geschluckt. Über mehrere Wochen hat ein Teil der Betroffenen (vor allem Ältere, vorwiegend Türken) die geforderte Rundenzahl (auf eigene Kosten!) trotzdem verweigert, da sie — ohne die Pause durchzuarbeiten zumindest bei dem normalerweise mangelhaften Rohmaterial — nicht auf Dauer machbar ist, ohne gesundheitlich Schaden zu nehmen. Mittlerweile machen alle Presser eine Runde weniger. Sie fordern nach wie vor, die Heizzeit wieder zu verlängern.

Während vom Betriebsrat insgesamt keine Stellungnahmen kommen, schreiben die „Kritischen Gewerkschafter“: „Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind in solchen Bereichen mit schweren Belastungen nicht Kürzungen, sondern zusätzliche Erholungszeiten notwendig.“

Dafür muß sich auch der Betriebsrat einsetzen. Und jede Verschlechterung der oft stark belastenden Arbeitsbedingungen muß verhindert werden. Gerade auch an solchen Beispielen der Leistungssteigerung kann frühzeitiges, gemeinsames Vorgehen der Beschäftigten verhindern, daß immer mehr Beschäftigte aufgrund von Krankheit und Frühinvalidität aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen und oft genug vor der Rente ihre Lebenskraft zu Ende ist!

Die betreffende Abteilung (Nora-Werk) schreibt derzeit Rekordumsätze — der Anteil der Produktions-Löhne daran dürfte auf einem Tiefpunkt angekommen sein

Quelle: Frischer-Wind-Info 36/37, aus: Nachrichten Chemische Industrie 21/91, zu beziehen über die jeweiligen GNN-Verlage in den Ländern — (bef)

Tariffabschluß für die Kinobeschäftigten bei 9 Prozent

Am 2. 10. hat die IG Medien mit dem Hauptverband deutscher Filmtheater für die neuen Bundesländer abgeschlossen: 150 DM mehr für alle, für die untersten Vergütungsgruppen 190 DM mehr, so daß kein Kinobeschäftigter mehr unter 1500 DM verdient. Der Mindestbetrag für die Jahressonderleistung (Weihnachtsgeld) wurde von 100 DM mindestens auf 300 DM mindestens erhöht. Alle Beschäftigten erhalten im Jahr 1991 noch eine Sonderzahlung von 130 DM. Das Volumen dieses Abschlusses liegt bei 9 %. Der Tarifvertrag läuft bis zum 30.6.1991. Für die neuen Bundesländer soll eine gemeinsame Kommission der Tarifparteien noch im November einen Kompromiß finden. Bis zu den nächsten Tarifverhandlungen soll eine gemeinsame Strukturkommission der Tarifparteien eine neue Vergütungsstruktur erarbeiten. — (ulk)

Arbeitgeberhetze gegen Kranke: IG Metall wird dagegen offensiv

Augsburg. Vor der Presse trat der Augsburger Bevollmächtigte der IG Metall und AOK-Vorstand, Schneider, gegen die Absicht der Kapitalisten an, unbezahlte Karenztage einzuführen. Er kündigte eine Kampagne an. Denn obwohl die Häufigkeit schwerer Erkrankungen steigt — sichtbar am Anstieg der Fehltagge pro Fall von 55 auf 63 Tage innerhalb von fünf Jahren — liege der Krankenstand der AOK seit vielen Jahren um die 5 %. Nachdem Konzerne wie Audi und BMW Betriebskrankenkassen durchgedrückt und damit das AOK-System in Frage gestellt haben, sollen nun Kranke und Ärzte von den Konzernnetzen aus überwacht und unter Druck gesetzt werden. — (pef)

DGB-Unterschriftensammlung zur Pflegeversicherung

Stuttgart. Für eine sozialversicherungsrechtliche Pflegeversicherung, gegen eine Privatversicherungslösung, führt der DGB folgende Unterschriftensammlung durch: „Wir fordern eine Pflicht-Pflegeversicherung für alle als eigenständige Versicherung unter dem Dach der gesetzlichen Krankenversicherung, deren Finanzierung durch Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge erfolgt. Eine private Pflichtversicherung lehnen wir ab!“ Bei der Maschinenfabrik Gehring in Ostfildern beschloß der mehrheitlich nicht gewerkschaftlich organisierte Betriebsrat die Unterstützung der Unterschriftensammlung. Etwa 160 Unterschriften wurden gesammelt. Manche Abteilungen unterschrieben nahezu geschlossen, so der Werkzeugbau, der Vorrichtungsbau, ein Großteil der Fertigung, die Kontrolle, die Lehrwerkstatt u.a.; darunter Kollegen, auch Meister, die ansonsten gewerkschaftlichen Aktivitäten zurückhaltend oder ablehnend gegenüberstehen. — (rok)

IG Metall Frauenkonferenz

Anträge spiegeln unterschiedliche Erfahrungen wider

Vom 14. — 16. November findet in Essen die 14. Bundesfrauenkonferenz statt. Es ist die erste Personengruppenkonferenz nach dem Anschluß der DDR und man darf gespannt darauf sein, wie sich 40 Jahre unterschiedlicher Erfahrungen in der Diskussion und Beschlussfassung niederschlagen. Von nicht unerheblicher Bedeutung wird auch die Frage des Umgangs miteinander sein. Nicht nur rein zahlenmäßig dominieren die Delegierten aus den westlichen Bundesländern, sie vertreten auch in einem jahrelangen innergewerkschaftlichen Diskussionsprozeß gewachsene Positionen, die den ostdeutschen Frauen aufgrund ihres anderen sozialen und politischen Hintergrunds zumindest teilweise entweder fremd oder zur Zeit nicht wichtig erscheinen oder zu denen sie sogar konträre Auffassungen haben. Besserwisserei und Bevormundung wären daher völlig fehl am Platze. Das wird wohl auch von der Konferenzleitung so gesehen, zumindest deuten die Empfehlungen der Antragskommission darauf hin, daß frau bestrebt ist, sich in solidarischem Umgang miteinander auszutauschen. So werden völlig konträre Anträge, z.B. für die Aufhebung des Nachtarbeitsverbots (weil Frauen diskriminiert), nicht zur „Ablehnung“ empfohlen, sondern als „erledigt“ durch die Annahme des gegenseitigen Antrags — (s.u.).

Gewerkschaftliche Frauenarbeit

Vor dem Hintergrund der durch den Anschluß bedingten Probleme in Ostdeutschland ist die *Entschliebung 1* (Antragsteller: *Frauenausschuß beim Vorstand*) eher zurückhaltend formuliert. Eine Untersuchung des Zustandekommens, der Folgen und Lasten des Anschlusses wird vermieden, ebenso ein Hinweis auf Bündnispartner und Kräfte, mit denen zusammen die gesteckten Ziele verfolgt werden können. Durch die Nichterwähnung schimmert somit die bekannte Abgrenzung gegenüber allem, was links von der SPD ist, durch sowie die Distanzierung von jeglicher Orientierung in Richtung Sozialismus.

Untersucht wird die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit sowie Qualifizierung und lohnmäßige Benachteiligung der Frauen in West- und Ostdeutschland und die sich daraus ergebenden Unterschiede und Gemeinsamkeiten, aufgrund derer „ein Prozeß der Annäherung und nicht der Anpassung nötig (ist), der es ermöglicht, gemeinsame Positionen im größeren vereinten Deutschland zu entwickeln.“

Die Positionen, Themen und Inhalte der Frauenarbeit müssen in gemeinsamer Arbeit von den Frauen aus Ost und West bestimmt und getragen werden. Dabei bietet die zukünftige Debatte um das „Frauenpolitische Programm der IG Metall“ eine große Chance, zu dieser

gemeinsamen Linie zu finden.

Dabei geht es darum, die Zukunft gemeinsam zu gestalten, unter anderem durch

- Gleichstellung und Chancengleichheit der Frauen im Berufsleben;
- Frauenförderung, und zwar nicht nur, um Diskriminierung im Arbeitsleben durch die Arbeitgeber zu bekämpfen, sondern Frauenförderung auch in den Gewerkschaften und in den betrieblichen Interessenvertretungen konstruktiv umzusetzen;
- Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen;
- Verhinderung von mittelbarer und unmittelbarer Diskriminierung in Tarifverträgen;
- bessere Beteiligung an der politischen Willensbildung.

Zur Sicherung der Arbeitsplätze von Frauen wird gefordert, z.B. bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung Frauen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen zu berücksichtigen, ebenso bei Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Strukturentwicklungsgesellschaften. (Empfehlung der Antragskommission, Annahme).

Für Nachtarbeitsverbot, aber mit Übergangsregelung

A 51 (Antragsteller Ortsfrauenausschuß *Orientalburg*):

„Die Delegierten der 14. Frauenkonferenz der IG Metall fordern den Vorstand auf, auf den Gesetzgeber mit dem Ziel einzuwirken, die Errungenschaften des Nachtarbeitsverbotes für Arbeiterinnen in den alten Bundesländern zu erhalten. Durch eine mögliche Einführung des Nachtarbeitsverbots in den neuen Bundesländern werden jedoch viele Frauenarbeitsplätze gefährdet. Deshalb ist es notwendig, die Übergangsregelung für das Nachtarbeitsverbot in den neuen Ländern zu erhalten.“

Langfristiges Ziel sollte es sein, ein generelles Nachtarbeitsverbot für immer mehr Männer und Frauen einzuführen. Dies sollte stufenweise für immer mehr Personen bzw. Altersgruppen geschehen.“ (Empfehlung: Annahme)

A 53 (Antragsteller OFA *Frankfurt/Oder*) fordert die Aussetzung des Nachtarbeitsverbots für die neuen Bundesländer bis zum Jahr 2000 (Empfehlung erledigt durch Annahme A 51 und A 52)

A 54 (Antragsteller OFA *Potsdam*) fordert „den Vorstand auf, sich für folgendes einzusetzen: Nachtarbeit ist inhuman und sollte immer dort vermieden werden, wo es möglich ist. Es Nachtarbeitsverbot nur für Frauen frauenfeindlich

Ausführlicher Bericht in „Nachrichten Stahl- und Metallindustrie“ Nr. 21/91.

Autoindustrie verringert Belegschaften

Umwälzung der Fertigung bei gleichzeitig weltweit schwacher Autokonjunktur

Stuttgart. In den vergangenen Wochen gingen mehrere Meldungen über größeren Personalabbau in der Automobilindustrie Stuttgarts durch die Presse und riefen Gewerkschaft, Belegschaften und Politiker auf den Plan. Die Sportwagenfabrik Porsche in Stuttgart-Zuffenhausen hat den Abbau von 550 Arbeitsplätzen angekündigt. Die Mercedes-Benz AG erwägt die Schließung der Näherei im Werk Sindelfingen mit circa 600 Arbeitsplätzen bis 1995. Hier arbeiten fast ausschließlich Frauen. Ein Unternehmenssprecher begründete die Schließungsabsicht mit Kostenuntersuchungen. „Die Vergabe gewisser Fertigungsumfänge an Fremdfirmen könne zu Kostenvorteilen führen.“

Der Auto-Zuliefererkonzern Bosch hat dieses Jahr bundesweit die Belegschaft um circa 3000 Beschäftigte verringert und in der Feuerbacher Werksanlage über Nichtersetzen der Fluktuation, Frührentierung und Abfindungen 500 Arbeitsplätze abgebaut. Nächstes Jahr soll der Personalabbau „forcierter“ fortgesetzt werden. Autozulieferer Behr (Fertigung von Kühlern) hat den Abbau von 300 Beschäftigten angekündigt.

Das Unternehmen Mahle-Wizemann, spezialisiert auf Guß und Bearbeitung von Nockenwellen, Stößeln und Hebeln, will zwei von fünf Gießereien schließen. Am Standort Stuttgart Bad-Cannstatt sollen 330 von 480 Beschäftigten entlassen werden. In mehreren Aktionen ging die Belegschaft gegen dieses Kahl-schlagkonzept auf die Straße und forderte einen Strukturplan. Belegschaften und Betriebsräte der umliegenden Firmen Eckhardt, Mahle und Fortuna unterstützen die Aktionen.

Die IG Metall Baden-Württemberg weist auf die Problembereiche Maschinenbau und Autozulieferer hin. Noch sei der Fahrzeugbau ausgelastet, aber nächstes Jahr würde auch diese Branche Probleme bereiten.

Die weltweit schwache Automobilkonjunktur ist sicher nicht der einzige Auslöser des derzeitigen Angriffs auf die Belegschaften. Noch stärker wirkt sich eine groß angelegte Rationalisierungsoffensive aus, die auf alle betrieblichen Bereiche zielt. Bosch-Vorstandschef Marcus Bierich schreibt über seine Rationalisierungsabsichten in der letzten Werkszeitung: „Ziel ist dabei, die Arbeitsabläufe durch gemeinsame Anstrengungen fortwährend zu verbessern, um so die Qualität zu erhöhen und die Kosten zu senken. Japanische Unternehmen sind mit dieser Methode sehr erfolgreich. Sie erzielen eine hohe Produktivität und können deshalb ihre Erzeugnisse kostengünstig auf den Markt bringen.“

„Lean-Production“ (schlanke Produktion) heißt der Begriff, unter dem in der Literatur derzeit die anlaufende Umwälzung der Betriebe gefaßt wird. IG Metall und Betriebsräte weisen auf die Gefahren wie verschärfte Konkurrenz, Streß und Arbeitsplatzverluste

hin, sehen aber auch die Möglichkeit, das tayloristisch-fordistische Produktionskonzept zu überwinden. Zum Beispiel fordert IG Metall Bezirksleiter Rießer die Unternehmer auf, vermeidbare Kosten wie Leerlauf, Verschwendung oder Nacharbeit auszuschalten. Die IG Metall sei bereit, an der Modernisierung der Arbeitsabläufe mitzuarbeiten. „Besser mit uns als gegen uns.“ So drängen derzeit Betriebsräte in den verschiedenen Betrieben auf Vereinbarungen, um die Umstellung auf „lean production“ mitgestalten zu können. Besonders Augenmerk gilt dabei der Verhinderung weiterer Arbeitsintensivierung. Daß trotzdem umfangreicher Personalabbau ansteht, darüber haben wohl die meisten Gewerkschaftsfunktionäre keine Illusion.

Es scheint, daß der jetzige Personalabbau vor allem den indirekten Bereich trifft, das heißt Entwicklung, Versuch, Lager, Transport, aber auch soziale Dienstleistungen. Puffer sollen wegfallen, Vorräte verringert werden und das Material soll fließen, um Kapital frei zu bekommen.

Verschiedene Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt kommen dabei den Kon-

zernen zugute. Die derzeitige Auffüllung des Arbeitsmarkts durch Aussiedler aus Osteuropa und durch die ehemaligen Umsiedler eröffnet den Kapitalisten Möglichkeiten, Metall-Tarife zu unterlaufen. So werden Sozialtarifs rigoros gekürzt und Fremdfirmen werden als Caterer für Werksverpflegung und Kantine engagiert, deren Arbeiterinnen und Arbeiter oft als unstet Beschäftigte laufen. Teilefertigungen wie im Beispiel Näherei von Mercedes-Benz in Sindelfingen werden nach außen gegeben, das heißt, die Fertigungstiefe wird systematisch verringert, um Lohnkosten zu sparen. In der Tendenz wächst damit die Zahl der Zulieferbetriebe, aber es wächst auch die Konkurrenz unter ihnen. Sie unterbieten sich gegenseitig, um bei den Autokonzernen im Geschäft zu bleiben.

Durch Tarifpolitik allein sind diese Entwicklungen nicht mehr in den Griff zu bekommen. Nötig wären da schon gesetzliche Regelungen, die den Ausverkauf von Arbeitskräften verhindern. Ein gesetzlicher Mindeststandard an Lohneinkommen müßte die Kapitalisten bremsen, Teile der Arbeiterbevölkerung zu Arbeitstieren zu degradieren. — (ros)



Arbeiter und Angestellte der Fa. Mahle-Wizemann demonstrierten am 24. September gegen die Schließung.

Angriffe des Bremer Senats auf das Asylrecht

Angestrebt wird eine Beseitigung des Asylrechts ohne Verfassungsänderung

Bremen. „Den bislang härtesten Einschnitt in die Asylpraxis haben jetzt die Sozialdemokraten in Bremen vorgenommen.“ (1) Der Senat beschloß im Juli, trotz späterer Umverteilungsmöglichkeiten auf andere Bundesländer die Annahme von Asylanträgen auf 300 im Monat zu begrenzen und Asylanträge aus Polen und Rumänien überhaupt nicht mehr entgegenzunehmen, da der frühere Bürgermeister Wedemeier der Auffassung ist, daß es dort „keine politische Verfolgung mehr gibt“.

Trotz offensichtlichen Verstoßes gegen bestehende Gesetze ist der Senat auch nach einem entsprechendem Urteil des Verwaltungsgerichts nicht bereit, seine Entscheidung zu revidieren.

Nach dem Verständnis von Wedemeier ist die Einführung der Marktwirtschaft in den ehemaligen RGW-Ländern gleichbedeutend mit der Herstellung demokratischer Verhältnisse. Abgesehen davon, daß dem Senat nicht das Recht zusteht, zwischen politisch Verfolgten und Armutsflüchtlings zu unterscheiden und die Grenzen dicht zu machen, werden die Sozialdemokraten

mit den Früchten einer Politik konfrontiert, die sie aktiv mitbetrieben haben. Selbst der Weser-Kurier mußte vermelden: „Während in Warschau schlimme Wohnungsnot herrscht, entstehen am Stadtrand die pompösen Villen der neuen Kapitalisten.“ (2) Außerdem handelt es sich bei vielen aus Polen und Rumänien kommenden Asylbewerbern um Angehörige der Roma und Sinti, die dort rassistisch verfolgt werden und denen nach der Genfer Konvention ein Bleiberecht zusteht.

Parallel zu den obigen Maßnahmen erfolgte eine verstärkte Unterbringung der Asylbewerber in Bunkern, Zelten, Wohncontainern, zwangsweise Gemeinschaftsverpflegung und die Kürzung der „Bargeldleistungen“ auf 30 % der Sozialhilfe. Um diesen Anteil weiter zu senken, werde an einer gesetzlichen Grundlage gearbeitet. Nach Auffassung des Bremer Sinti-Vereins betreibt der Senat mit der Bunkerbelegung eine aktive Abschreckungspolitik: „Schlimm ist, daß im Senat und im Innenressort schon vom ‚Lager‘ gesprochen und damit genau das bezeichnet wird, was be-

absichtigt ist.“ (3) Verkürzt ist die Kritik, all dies als Wahlkampfakt der SPD abzutun. Bundesweit hat es CDU/CSU ermuntert, einen erneuten Vorstoß in Richtung Grundgesetzänderung zu unternehmen. Inzwischen hat Bürgermeister Wedemeier mit einem „Bremer Entwurf für ein geändertes Asylverfahrensgesetz“, der am 27.9. im Bundesrat zur Debatte steht, einen Vorstoß unternommen, um die oben beschriebenen Verstöße gegen das Asylgesetz bundesweit zu legalisieren. Der Kern des Entwurfs: der Bundesinnenminister erstelle eine Liste jener Länder, in denen eine politische Verfolgung ausschließen kann, der Bundesrat muß diese mit 2/3 Mehrheit absegnen, danach können die Ausländerbehörden sofort angeblich unberechtigte Asylanträge abweisen. „Was die SPD-Vertreter als Möglichkeiten der Vermeidung einer GG-Änderung vorschlagen, stellt tatsächlich die Beseitigung des Grundrechts dar, allerdings ohne Verfassungsänderung.“ (4)

Quellen: 1) Spiegel 32/91, 2) Weserkurier 7.7., 3) WK 16.17.91, 4) Antifaschistische Nachrichten 17/91 — (ulb)



Am 28.9.1991 zogen 100 Kinder und Eltern durch die Südstadt. Sie protestierten gegen die Haushaltskürzungen: Statt drei Betreuern soll nur noch ein Betreuer für den „Bauspielplatz“ im Friedenspark angestellt werden. Weitere Protestaktionen gegen den Haushalt werden vorbereitet. — (jöd)

Aus Ländern und Gemeinden

Polizei schießt scharf auf Hausbesetzer

Frankfurt. Am 21.9.1991 wurde gegen 21 Uhr das leerstehende Haus in der Fröbelstraße 4, Frankfurt-Bockenheim, aus Protest gegen den Leerstand dieses sowie etlicher anderer Häuser in Frankfurt besetzt. Als ein Polizeieinsatzkommando mit etwa 25 Polizisten erschien, zogen sich die Hausbesetzer nach tätlichen Auseinandersetzungen zurück. Aussagen zahlreicher Passanten, von Anwohnern und Gästen eines nahegelegenen Lokals belegen, daß daraufhin „ein Polizist seine Pistole zog und auf die sich bereits zurückziehenden Personen schoß. Mindestens 3 der 5 abgegebenen Schüsse wurden nicht auf die Beine der Personen (oder gar in die Luft) abgegeben. Zeugen sagen, der Polizist habe ruhig und mit dem Arm im rechten Winkel zum Körper geschossen.“ Die offizielle Linie der Stadt Frankfurt besteht darin, daß Hausbesetzungen nicht geduldet und in kurzer Zeit geräumt werden. In der den Schüssen folgenden Woche kam es zu mehreren Demonstrationen, auf der u.a. die Suspendierung des Polizisten gefordert wurde.

Quelle: Presseerklärung des Dritte Welt-Hauses Frankfurt — (gst)

Einstellung des „Mauerschützen-Prozesses“!

Berlin. Das Landgericht verhandelt gegen vier ehemalige DDR-Grenzsoldaten. Die Anklage wirft ihnen gemeinschaftlichen Totschlag bei der Verhinderung eines ungesetzlichen Grenzübertretts vor. Obnehin außerhalb des BRD-Rechts stehend, werden auch Verfahrensgrundsätze mißachtet: Ein Richter, in dessen Familie ein Grenzübertritt geahndet wurde, gilt als unbefangen, durch die Veröffentlichung von Leichenfotos aus der Prozeßakte wird massiv in den Prozeß eingegriffen. Aus dem Wohnort eines Angeklagten wurden über 1500 Unterschriften übergeben, die Einstellung fordern. Der Bürgermeister wendet sich gegen den „Schauprozess“, in dem West-Richter eine Abrechnung mit der DDR suchten. — (ard)

Kommunalfinanzen Konstanz: „Äußerst schwierige Situation“

Konstanz. So ganz ein passant hat der Konstanzer Sozialbürgermeister Wilhelm Hansen (CDU) rausgelassen, wie schwierig die finanzielle Lage der Stadt ist. Beim Empfang einer Gruppe von Lehrerinnen und Lehrern, die sich auf einer Studienreise durch Baden-Württemberg befinden, „beklagte“ der CDU-Bürgermeister laut der Lokalzeitung „Südkurier“ die „äußerst schwierige finanzielle Situation“ der Kommune. Verantwortlich dafür, so Hansen, seien unter anderem Landes Kürzungen bei den kommunalen Fördermitteln und ein „erheblicher Rückgang bei den Gewerbesteuern“ in Höhe von 7 bis 8 Mio. DM. Im laufenden städtischen Haushaltsplan hatten Verwaltung und Gemeinderat die Gemeindesteuereinnahmen auf rund 30 Mio. angesetzt. Damit drohen Mindereinnahmen von ca. 25%. Für diesen dramatischen Rückgang sollen Investitionen der betreffenden Firmen in der annektierten DDR verantwortlich sein. Damit drohen erneut drastische Abgabenerhöhungen für die Bevölkerung, vermutlich schon im Herbst, wenn der neue Haushalt im Gemeinderat beraten wird. — (jög)

Bricht Pflegesatzrecht die Tarifautonomie?

Hamburg. Am 2.10. demonstrierten rund 1000 Krankenhausbeschäftigte durch die Innenstadt gegen die beabsichtigte Streichung der „Wege- und Rüstzeitenpauschale“. Nach einer im letzten Jahr zwischen Hamburg und der ÖTV geschlossenen Vereinbarung, erhalten die Krankenhausbeschäftigten eine pauschale Zahlung von 137,80 DM pro Monat. Das Verwaltungsgericht hat auf Klage der Krankenkassen diese Zahlungen für „unwirtschaftlich“ erklärt und einen Vergleich vorgeschlagen: die Kassen akzeptieren die bisherigen Zahlungen und der Senat kündigt die Vereinbarung mit der ÖTV ersatzlos zum 10. Januar 92. „Ein eklatanter Verstoß gegen die Tarifautonomie“, nennt das die ÖTV, wenn man sich nicht mehr auf das einmal Er kämpfte verlassen könne. — (mgh)

CDU Baden-Württemberg präpariert sich für Landtagswahl

Stuttgart. Lothar Späth, der scheidende Landesvorsitzende, hielt noch einmal eine Rede, die jede Kritik an seiner Empfänglichkeit gegenüber Konzernwünschen und -zahlungen zurückwies — dann wählten die Delegierten Erwin Teufel zum neuen Vorsitzenden. Ändern soll sich, daß die CDU sich mehr bei schwäbisch/badischer Volksküche („Maultaschen und Spätzle, Schäumele und Kartoffelsalat“) statt bei „Sekt und Kaviar“ blicken läßt. Fremdenangst und Versprechungen für deutsche Familien sollen eine Welle von rechts verstärken, auf der die CDU bei den Wahlen im April '92 oben schwimmen will. — (alk)

Mehr Fahndungsbefugnisse für Polizei: Stoiber läßt nicht locker

München. Bayerns Innenminister Stoiber hat wieder einmal bessere Fahndungsmöglichkeiten für die Polizei gefordert. Zur wirksamen Kriminalitätsbekämpfung müßten „ereignis- und verdachtsunabhängige Fahndungskontrollen im Binnenland“ rechtlich ermöglicht werden, um die innerhalb der EG wegfallenden Grenzkontrollen teilweise auszugleichen. Ferner fordert Stoiber die rasche Einrichtung eines europäischen Kriminalamtes. Außerdem sollten die zum Schengener Abkommen von den Beneluxstaaten, Frankreich und der BRD beschlossenen Zusatzmaßnahmen wie verstärkte Kontrollen an den Außengrenzen und die Errichtung eines automatisierten Fahndungs- und Informationssystems auf alle Mitgliedsstaaten der EG ausgeweitet werden. Die Forderungen von Stoiber stießen bei allen Oppositionsparteien im bayerischen Landtag auf scharfe Kritik. „Dies ist nicht die Freiheit, die wir im vereinten Europa wollen“, erklärte der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Paul Gantzer und kündigte „schärfsten Widerstand“ gegen alle Versuche an, Ringfahndungen künftig nicht nur wie bisher bei Banküberfällen, sondern „rein vorsorgend“ ohne alle Verdachtsmomente zu erlauben. Die FDP sah in der Verlagerung der Kontrollen von den Außengrenzen in das Binnenland keinen Fortschritt. Die Grünen lehnten einen Abbau der demokratischen Bürgerrechte ab. Diese Debatte im bayerischen Landtag ist aber eher ein Schattengefecht, da die endgültigen Würfel im Bundeskabinett fallen, wenn nicht schon anderswo gefallen sind. — (chl)

Kommentiert

Ein Jahr ist es her, daß dem „ersten Staat der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden“ der Totenschein ausgeschrieben wurde. Das Sterben des einmal wirklich Neuen in der Geschichte unseres Volkes hatte freilich schon viel früher eingesetzt. Daß aber schon so bald die deutsche Einheit verwirklicht werden könnte, hatten sich selbst jene, die im Spätherbst 89 die stolze und klare Losung „Wir sind das Volk“ durch das diffuse „Wir sind ein Volk“ ersetzen, nicht träumen lassen. Heute ist es vielleicht nur noch von akademischem Interesse herauszufinden, ob die „Ein-Volk-Parole“ wirklich aus der in Bewegung geratenen Masse heraus entstanden oder gezielt von außen in diese hineingetragen worden war. Der Etikettentausch hatte Erfolg. Und mit dem Wahlergebnis vom 18. März 1990 hatte das Volk im Osten mehrheitlich auf weitere Versuche verzichtet, souverän sein Los zu gestalten. Es gab seine ungeliebte DDR-Realität für die heilsverheißende Fiktion eines Freiheit und vor allem rasch Wohlstand für alle bringenden Einheitsstaates auf. So jedenfalls interpretierten die „Krauses“ ihren auf nichts mehr Rücksicht nehmenden Eilmarsch unter die Bonner Kuratel. Das ist nach „gutem deutschen Brauch“ Grund genug zu maßlosen Siegesfeiern für die, denen die Einheit zum Jahrhundertgeschäft geriet. Das Kapital nimmt nun soziale Revanche. Gründlich. Besonders im Osten fragen sich aber viele, was sie denn am 3. Oktober zu feiern hätten. Ihre Arbeitslosigkeit, ihren sozialen Abstieg? Die wie nie zuvor in der deutschen Geschichte gestiegenen Mieten? Die Entsolidarisierung und Entmenslichung der Gesellschaft? Die Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit Hunderttausender?

Der Rausch war kurz, der Kater hält an. Das hatten die „Ossis“ weder gewollt noch erwartet; nun sind sie enttäuscht, verbittert, ratlos und gelähmt. Schon staut sich Wut gefährlich auf, entläßt sich hie und da — auch auf irrationale, die Welt erschreckende Weise. Sie ist die faulige Frucht der Einheit „von oben“, die den Schwächeren hastig aufschluckte und das als „neue deutsche Einheit“ ausgab. Aber am 3. Oktober 1990 entstand nichts Neues; nicht als Staat, nicht in der Gesellschaft. Das Alte expandierte bis an die Oder und feierte dort in seiner häßlichsten Form fröhliche Urständ. Nun leben die Deutschen wieder in einem Staat. Doch mit ihrer Einheit ist es nicht weit her. Sie bleiben geteilt: in Arbeitende und Arbeitslose, Herrschende und Beherrschte, Etablierte und Ausgrenzte und — seit jenem 3. Oktober — in „Wessis“ und „Ossis“. Vor allem letztere, die schon die Kosten der Teilung zu tragen hatten, zahlen die Spesen. Sie sind es halt so gewöhnt. Dies wird so bleiben, solange Bonn Teilung durch Täuschung praktiziert. Die meisten „Ossis“ gehören nicht zu den (hohn)lachenden Erben der verblichenen DDR. Sie haben daher auch keinerlei Grund, den 3. Oktober 1990 zu feiern. Sie haben Gründe übergenug, dieses Datum zum Aktionstag für ihre Rechte und die ihnen verheißene bessere Zukunft in einem besseren Staat zu machen. Je eher sie dies begreifen, je energischer sie ihre Interessen einfordern, je rascher sie sich auf ihre viel zu kurze Zeit nur ausgeübte Souveränität vom Herbst '89 besinnen und das Heft des Handelns wieder in ihre Hände nehmen, desto besser für sie.

Das wird nicht leicht; denn dazu muß der „Ossi“ vor allem seinen lang eingeübten fatalen Hang bekämpfen, alles ergeben hinzunehmen. Dazu muß er sich wieder der Kraft solidarischen Handelns bewußt werden. Dazu muß ihm bewußt werden, daß sein Kampf zugleich zum Katalysator der überfälligen demokratischen und sozialen Erneuerung Deutschlands geworden ist. Die Geschichte hat den „Ossi“ dazu verurteilt, diesen schweren Kampf zu führen, aber gewonnen werden kann er nur im Verbund mit jenen „Wessis“, die wie schon so viele in deutschen Ländern in der heutigen BRD nicht den End- und Höhepunkt der deutschen Geschichte sehen. — (M. Walter)

Wohnungsmarkt in den neuen Bundesländern

Der erste Teil der Untersuchung war in der vorigen Ausgabe veröffentlicht.

Genossenschaften in der Wohnungswirtschaft

Lange bevor es die DDR gab, gab es Wohnungsbaugenossenschaften. Dies sei nur deshalb erwähnt, weil heute viele Menschen die Genossenschaften als ein Relikt des ehemaligen Staatssozialismus betrachten. Genossenschaften waren Hilfsvereine auf Gegenseitigkeit, in denen Arbeiter seit dem Beginn der Industrialisierung versuchten, in gegenseitiger Arbeitshilfe die Wohn- und Lebensbedingungen zu verbessern, ohne sich den Profitinteressen der auch hausbesitzenden Kapitaleigner zu unterwerfen. In früheren Zeiten wäre an dieser Stelle sicher ein Zitat aus dem Kommunistischen Manifest angebracht gewesen, heute jedoch wird von vielen auch die Richtigkeit dieser Erkenntnisse angezweifelt. Wer sich die Gepflogenheiten in den Genossenschaften heute ansieht, zweifelt auch an der Richtigkeit des Ansatzes. In für das einzelne Mitglied unüberschaubaren Genossenschaften, teilweise mit mehreren tausend Wohnungen, kann auch das Gefühl der Mitentscheidung bzw. des Miteigentums schwerlich aufkommen. Es gibt keine Mitgliederversammlungen, sondern nur Vertreterversammlungen, die Satzungen und Statuten sind nicht diskutiert, sondern nur beschlossen, und die Verwaltung der Wohnungen wird ebenso professionell wie profitorientiert durchgeführt. Nicht die Interessen der Mitglieder, sondern die der Geschäftsführungen stehen hier im Mittelpunkt. Dies wäre an vielen großen und kleinen Beispielen nachzuweisen, die aber den meisten hier bekannt sind. Wer alleine die Praxis bei den jetzigen Mietanpassungen ansieht, merkt keinen Unterschied zwischen ehemaliger KVV und AWG. Es wäre aber gerade für Linke nicht nur ein lohnendes Feld, sondern eine erstrangige politische Aufgabe, die Genossenschaften wieder dazu zu machen, was sie vor ihrer Deformierung waren: selbstorganisierte Hilfgemeinschaften gegen die Profitorientierung am Wohnungsmarkt. Dazu wären allerdings einige Voraussetzungen zu schaffen, die dem einzelnen Genossen(schaftler) wieder eine Identifizierung mit dem genossenschaftlichen Eigentum ermöglichen würden. In erster Linie ist eine drastische Verkleinerung der jetzt bestehenden Genossenschaften nötig.

Nur wer für sich überschaubare Entscheidungen treffen kann, ist in der Lage, diese zu treffen. Nur wer erkennt, daß es sich bei der bewohnten Wohnung um selbst Geschaffenes, also praktisch um Eigenes handelt, wird bereit sein, sich mit dem Erhalt und der sinnvollen Verwendung dieses Eigentums zu beschäftigen. Nur wer erkennt, daß es auch auf ihn ankommt, wie sich der Preis der Nutzungsmöglichkeit entwickelt, wird Interesse an der Mitarbeit in den Gremien der Genossenschaften haben.

Während sich die Genossenschaften in der Landwirtschaft durch ihre Beziehung zu Grund und Boden nicht so leicht aufs Abstellgleis manövrieren ließen, ist das genossenschaftliche Bewußtsein der Wohnungsgenossenschaftler derzeit sehr gering entwickelt. Geschäftsführer und Vorstände sind bereits in vielen Fällen dabei, zum Nachteil der Mitglieder Genossenschaften umzustrukturieren, Teile zu verkaufen und z. B. über das Festhalten an alten Beschäftigungsstrukturen den Wert der Genossenschaften zu verringern. Wenn wir uns überlegen, welche Alternativen es heute zur Marktwirtschaft gibt, muß die Rolle des genossenschaftlichen Eigentums als vorhandene Form eine herausragende Rolle spielen.

Die Zukunft der Bauindustrie

Wohnungspolitik isoliert zu betrachten, ist sicher ein Fehler. Ein entscheidender Industriezweig ist direkt abhängig von politischen Entscheidungen in der Wohnungspolitik. Wer heute durch die Hallen der Plattenwerke läuft und sieht, welche Kapazitäten hier brachliegen, weiß auch, daß der Versuch, die handwerklichen Strukturen im Bauwesen zu überwinden, scheitern soll. Die hohe Produktivität der DDR auf diesem Sektor ist der westdeutschen Bauindustrie ein großer Dorn im Auge. Die Bauprodukte werden heute als minderwertig hingestellt, die DDR-Bauindustrie als marode und unfähig bezeichnet. Andererseits werden, wie in Gera, für die

Fertigteilhersteller in Bayern hochwertige Betonfertigteile für den Industriebau entwickelt, sind die Rohstoffbedingungen soweit verbessert, daß eine qualitative Steigerung der Produkte sicher ist. Es gibt aber kaum Aufträge, schon gar nicht im Wohnungsbau, und damit ist auch der weitere Wertverlust dieser Einrichtungen programmiert. Das Bauprogramm für die zurückkommenden sowjetischen Soldaten ging an den Großbetrieben vorbei. So haben sich aus ihnen kleine Einheiten herausgebildet, die durchaus ansprechend Fertighäuser anbieten, die sich auf den Bau von Sanitärzellen und anderen Teilen von Gebäuden spezialisiert haben. Doch auch diese Ansätze wurden von Banken und der Treuhand ständig torpediert.

Westdeutsche Betriebe wie die IM-BAU (eine Tochter der im Eigentum der Dresdner Bank stehenden Holzmann AG in Frankfurt/Main), die Fertigteilwerke übernehmen wollten, wurden zurückgepfiffen. Anscheinend sind die Betriebe den Geldgebern derzeit noch zu teuer. Politisch wird für die Wohnungsbauförderung auch viel zu wenig getan, um die Existenz solcher Großbetriebe zu sichern. Das Aus ist also vorprogrammiert, die Bauindustrie wieder auf den handwerklichen Stand zurückgeführt.

Ein Aufschwung ist nur in den westlichen Ländern in Sicht; Tausende von Handwerksbetrieben haben Zweigniederlassungen in den neuen Bundesländern eröffnet, die wegen der Investitionshilfen auch konkurrenzfähiger sind als die meisten Betriebe der ehemaligen DDR. Zudem bevorzugt der Westgroß-

handel die alten Westkunden über seine Liefermöglichkeiten. Ostbetriebe werden oft nicht oder nur sehr zögerlich mit Baumaterialien beliefert. So wird sich auch hier ein Eigentumswandel zugunsten der westlichen Unternehmer entwickeln, wie er in allen anderen Branchen zu beobachten ist. Hier können auch Kommunen Einfluß nehmen, indem sie ihre Investitionsaufträge nur an einheimische Firmen vergeben, die ja auch vor Ort Steuern zahlen und Arbeitskräfte beschäftigen.

Ausblick und mögliche Forderungen

Aus dem bisher Gesagten entwickeln sich die wesentlichen Forderungen eigentlich von selbst:

Ich bin für ein Sofortprogramm zum Neubau von Wohnungen in der Größenordnung, die von der DDR vor der Wende praktiziert wurde. Dies ist die einzige Möglichkeit, die Bauindustrie als beschäftigungsintensivsten Industriezweig schnell anzukurbeln und genügend Wohnungen für die Bevölkerung zu haben. Weiter bin ich für eine stärkere Unterstützung der Genossenschaften und deren Umstrukturierung in überschaubare Einheiten. Der Verkauf von kommunalem Wohnungseigentum ist zu unterlassen, um in Zukunft kommunale Einflußmöglichkeiten auf die Belegung der Wohnungen und deren Mietpreise zu haben. Statt der Steuerersparnismodelle, die ausschließlich Gutverdienenden nutzen, sind direkte Zuschüsse zur Sanierung des Wohnungsbestandes zu gewähren.

Ein Programm zur Mietermodernisierung ist auch deshalb sinnvoll, weil viele Mieter in den letzten Jahren bereits ihre eigenen Wohnverhältnisse verbessern haben. Es sind dringend Mietobergrenzen einzuführen und Mietenspiegel zu entwickeln, damit eine Mietenexplosion wie in den alten Bundesländern verhindert wird.

Die Energiepreise sind dem westlichen Niveau anzupassen, gegebenenfalls soweit zu subventionieren, daß die Wohnnebenkosten in den neuen Bundesländern nicht über denen der alten Bundesländer liegen. Die Mieten müssen insgesamt an die Einkommensentwicklung gebunden werden. Wohngeld in der jetzigen Form ist ein untaugliches Mittel, da viele Menschen die Kriterien nicht erfüllen, die an die Zahlung von Wohngeld gebunden sind. Die einheimische Bauindustrie ist insbesondere durch die Vergabe von öffentlichen Aufträgen zu unterstützen; besondere Investitionshilfen für westliche Unternehmer zum Nachteil einheimischer Betriebe sind auszusetzen.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, daß das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung in der Verfassung verankert werden muß. Obdachlosigkeit ist menschenunwürdig. Wenn einer der reichsten Staaten der Welt die Wohnungsfrage für seine Bürger nicht oder nur ungenügend lösen kann, muß der Reichtum dieses Staates eben anders verteilt werden, um Grundbedürfnisse wie Wohnen befriedigen zu können.

(Aus: Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung, ArGe bei der PDS — r.w.)

Was haben die geplanten Straßenumbenennungen mit wirklicher Geschichtsaufarbeitung zu tun?

Inzwischen scheint das Geheimnis gelüftet. Zahlreiche Leipziger Straßen sollen durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung umbenannt werden.

Soweit in Erfahrung zu bringen war, vollzieht sich diese Aktion in mehreren Etappen. Nachdem im Herbst vergangenen Jahres der Name Karl Marx schon durch den wenig überzeugenden Sachsenkönig August ersetzt wurde, sind nun offensichtlich die Leipziger Ausfallstraßen an der Reihe.

Viele Fragen stellen sich in diesem Zusammenhang: Gibt es in Leipzig nicht im Augenblick wichtigere Dinge, wenn man an die steigende Arbeitslosigkeit, an den weiteren Niedergang der Wirtschaft und an die leeren Kassen der Kommune denkt? Haben die Bürgerinnen und Bürger angesichts bevorstehender Mieterhöhungen und anderer finanzieller Belastungen nicht schon genug Sorgen?

Im soeben von den Stadtverordneten beschlossenen Haushalt für dieses Jahr mußten erhebliche Kürzungen ausgewiesen werden. Aber für Straßenumbenennungen ist offensichtlich Geld da! Oder meinen die Initiatoren, daß es die neuen Namen zum Nulltarif gibt?

Wer entschädigt die Bürgerinnen und Bürger, die ihre persönlichen Dokumente umschreiben lassen müssen? Da kommt wahrscheinlich nicht nur erneutes Schlangestehen, sondern es werden auch finanzielle Mittel notwendig sein.

Ganz zu schweigen von den zahlreichen Firmen und Geschäftsinhabern, denen es in erster Linie darum gehen dürfte, ihr Unternehmen zu stabilisieren, anstatt sich mit den Modalitäten von Straßenumbenennungen befassen zu müssen.

Wer hat eigentlich die Bürgerinnen und Bürger der betreffenden Straßen befragt, ob sie überhaupt eine Umbenennung wollen? Mit Demokratie dürfte das wohl kaum etwas zu tun haben. Oder soll die Sache jetzt durchgepeitscht werden, wo die Menschen ihren Kopf für andere Dinge brauchen? Den eifrigen Befürwortern der Straßenumbenennungen um jeden Preis ist anzuraten, sich dann der Sache zuzuwenden, wenn die Bedingungen dafür vorhanden sind und die Menschen es wirklich wünschen. Außerdem hätte das den großen Vorteil, zu wirklicher Geschichtsaufarbeitung in der Lage zu sein.

Jetzt hat es eher den Anschein, als ob man in einer Blitzaktion die Geschichte verdrängen möchte. Aber genau das gab es bekanntlich in beiden deutschen Staaten nach 1945 bereits einmal.

Es wäre weiter zu fragen: Nach welchen Kriterien wird um- und neube-



Am 25.9.1991 beschloß die Stadtverordnetenversammlung in Schkeuditz, die Straßennamen, die unmittelbar mit der DDR-Geschichte oder kommunistischen Gedankengut zusammenhängen, umzubenennen. Straßennamen, wie im Bild, die nach Schkeuditzer Antifaschisten oder kommunistischen Ratsmitgliedern während der Weimarer Republik entstanden, müssen jetzt den Namen großer Mediziner oder Flugpionieren weichen. — (Bilder: af/mz)

nannt? Das Argument, zu den alten Bezeichnungen für Ausfallstraßen zurückzukehren, weil die Menschen die nach 1945 eingeführten Namen gar nicht angenommen hätten, ist doch nicht stichhaltig. Die meisten Leipzigerinnen und Leipziger wissen heute gar nicht mehr, wie die Straßen vor 1933 hießen.

Was spricht eigentlich gegen die Namen von Karl Liebknecht oder Georg Schumann? Beide waren eng mit Leipzig verbunden, haben jahrelang in unserer Stadt gewirkt und wurden hingerichtet, weil sie für eine alternative Gesellschaft ohne Krieg und Unterdrückung eintraten. Karl Liebknecht beispielsweise war vor allem aufrechter Sozialdemokrat. Und bei Georg Schumann zählt nicht nur

seine führende Position im sächsischen antifaschistischen Widerstandskampf, sondern ebenso, daß er zu denen gehörte, die sich mehrfach gegen die Stalinisierung der KPD wandten.

Alles in allem: Die PDS ist nicht grundsätzlich gegen Umbenennungen von Straßen. Sie würde als demokratische Partei selbstverständlich ein Mehrheitsvotum der betroffenen Bewohner akzeptieren. Aber nicht akzeptiert werden kann, daß Umbenennungen jetzt veranlaßt werden sollen, ohne die Menschen zu befragen und ohne eine ernsthafte Auseinandersetzung mit unserer gemeinsamen Vergangenheit zu führen. Dr. sc. D. Pellmann, Stellv. Vors. und Pressesprecher der PDS Stadtverbandes Leipzig

Bürgermeistertreffen der LL/PDS

Bürgermeister mit PDS-Mandat trafen sich in Halle mit Bundestagsabgeordneten der LL/PDS

Schließlich viel zu spät fand dieses Treffen der Abgeordnetengruppe der Liste PDS im Bundestag mit Kommunalpolitikern und vor allem den Bürgermeistern mit dem PDS-Mandat am 10. Oktober in Halle statt. Mit der Kommunalwahl 1990 wurden in den Bundesländern immerhin 305 Bürgermeister mit PDS-Mandat gewählt, 104 in Brandenburg, in Mecklenburg-Vorpommern 94, in Sachsen 37, in Sachsen-Anhalt und Thüringen jeweils 10. Ihr Wirken verlangt ein ganz anderes Vorgehen, als es für die Oppositionsmitglieder der Abgeordneten in den kommunalen Vertretungen sonst notwendig ist. Seit der letzten Kommunalwahl sind 130 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus der PDS ausgetreten. Das hat seine Ursachen in den besonderen Bedingungen, den mit dem Parteibuch der PDS verbundenen parteipolitisch motivierten Angriffen bis zu persönlichen Verunglimpfungen, aber auch in der ungenügenden Unterstützung durch die eigene Partei. Dazu kommt, daß die Bürgermeister oft auch das einzige noch vorhandene PDS-Mitglied im Ort sind. Ohne Zweifel war das Vertrauen, das die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit PDS-Mandat zur Kommunalwahl erhalten haben, nicht in erster Linie ein vorurteilsfreies Verhalten und Vertrauen zur PDS, sondern Ausdruck ihrer Kompetenz, ihres Verantwortungsbewußtseins und ihres persönlichen Ansehens in den zumeist kleineren Gemeinden.

Im Gegensatz zu den Abgeordneten der PDS, die aus ihrer Oppositionsrolle heraus notwendige Maßnahmen und Entscheidungen einfordern können, haben es die Bürgermeister der PDS ungemein schwer.

Sie stehen vor der schier unlösbaren Aufgabe, lokale, möglichst sozial verträgliche Lösungen für Probleme zu finden, die auf Bundes- oder Landesebene verursacht werden und für deren Klärung die Bundesregierung bzw. die Landesregierungen verantwortlich zu machen sind. Die Kommunalpolitiker sollen die Folgen bewältigen, die die An-

schluß- und Annexionspolitik der Kohl, Waigel und Lambsdorff gebracht hat.

Die Kommunen sind es letztendlich, die zum Beispiel die beträchtlichen Mittel an Sozialhilfe aufbringen müssen, die jetzt notwendig werden, weil infolge verfehlter Regierungs- und Treuhandpolitik die Arbeitslosigkeit in dramatischer Weise zunimmt und die Mieten teilweise wahrhaft explodieren.

Viele Bürger der ehemaligen DDR waren am 6. Mai 1990 mit der Hoffnung an die Wahlurne getreten, bald die grundgesetzlich verankerte kommunale Selbstverwaltung praktisch erleben zu können. Bisher sind in den neuen Bundesländern grundlegende Voraussetzungen kommunaler Selbstverwaltung nicht geschaffen worden. Unter diesen Bedingungen werden die Bürgermeister, und das trifft natürlich die PDS-Bürgermeister besonders, zu Bittstellern gegenüber dem Kreis, dem Land und dem Bund.

Dieser Thematik mehr Aufmerksamkeit zu widmen und vor allem Unterstützung zu geben, war auch das Ziel des von Gregor Gysi gehaltenen Referates, in dem er über die nächsten Vorhaben der Abgeordneten informierte und Standpunkte der PDS zu den wichtigsten kommunalpolitischen Fragen darlegte.

Ein Hauptproblem ist nach wie vor die Finanzausstattung der Kommunen. Nach Feststellungen des Deutschen Städtetages können die Kommunen in der Ex-DDR nur noch mit 12 % der Pro-Kopf-Steuerereinnahmen der Städte und Gemeinden im alten Bundesgebiet rechnen. Selbst unter den Annahmen der jüngsten Steuerschätzung wird sich diese Quote bis 1995 erst auf 31 % erhöhen.

Unter diesen Umständen will sich die Bundestagsgruppe gegen die Bemühungen der Regierung wenden, die Gewerbesteuer und weitere Steuern, die teilweise den Kommunen zukommen, abzuschieben.

Eine weitere Forderung ist die Entschuldung der Kommunen, vor allem des Wohnungsbestandes, haben doch die Wohnungsgesellschaften Altschulden in Höhe von 25 Mrd. DM. Mit welchem Recht wird eigentlich, so Gregor

Gysi, alles, was mit DDR zu tun hat, liquidiert, nur die Schulden nicht?

In diesem Zusammenhang machte er deutlich, daß die Mieten um 300 bis 800 % gestiegen sind, die Einkommen aller in den neuen Bundesländern beschäftigten, außer Rentnern, aber im Durchschnitt nur um 5 % höher liegen.

Bei den Entscheidungen zur wirtschaftlichen Entwicklung sind die Kommunen und deren Bürgermeister den Machenschaften der Treuhandanstalt ausgeliefert. Der 2. Staatsvertrag, insbesondere Artikel 21 und 22, sowie das Kommunalvermögensgesetz sehen grundsätzlich vor, daß das ehemals volkseigene Vermögen, das kommunalen Aufgaben und kommunalen Dienstleistungen dient, den Gemeinden, Städten und Landkreisen zu übertragen ist. In der Realität verzögern die Treuhandanstalt und Oberfinanzdirektionen die Übertragung der den Kommunen zustehenden Objekte in Kommunaleigentum. Vieles, was im Altbundesgebiet selbstverständlich kommunales Eigentum ist, muß hier im zähen Kampf eingefordert werden.

Auch die in den neuen Bundesländern laufende „Enteignungswelle“, bei der ehemalige Besitzer ihr zum Teil vor 40 Jahren verlassenes Haus oder anderes Eigentum zurückhaben wollen, bringt für die kommunalen Verwaltungen und die Bürgermeister viele Probleme, sind sie doch für den Bürger erst einmal die Obrigkeit. Und für viele Bürger, die ihr Wohnhaus über Jahre, oft Jahrzehnte gepflegt und erhalten haben, ist nicht zu verstehen, daß dies alles jetzt anderen zukommt.

Mit besonderem Engagement kämpfen die Bürgermeister der PDS um den Erhalt der sozialen und kulturellen Einrichtungen in ihren Gemeinden. Gerade dort wirkt sich aber das Finanzloch am deutlichsten aus. Sehr breit berichteten die Bürgermeister in diesem Zusammenhang über ihre Erfahrungen mit Verwaltungsgemeinschaften, in denen mehrere Gemeinden ihre Kräfte bei voller Wahrung ihrer Selbstständigkeit vereinen.

— (sta)



Mit einem großen Aufgebot an Bundesgrenzschutz wurde versucht, eine Demonstration linker und autonomer Kräfte gegen den Ausländerhaß in Hoyerswerda zu verhindern. Ein geringer Teil dieses Aufgebotes hätte genügt, um die Randalen gegen Ausländer, die Anlaß dieser Demonstration war, zu verhindern. — (Bild: af/mz)

Kurz berichtet

Anerkennung der Dienstzeiten jetzt im Tarifvertrag

Endlich hat das Gerangel um die Anerkennung der Dienstzeiten für 1,4 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst in den fünf neuen Bundesländern ein Ende!

Ein Kompromiß wurde erreicht, den die Arbeitnehmer sehr differenziert aufgenommen haben. Betroffene kritisieren ihn als hinterhältig, schlitzohrig. Die Gewerkschaft ÖTV verbucht ihn als Erfolg beim Durchsetzen der Forderungen nach Anerkennung der Vordienstzeiten und stimmte der Grundsatzvereinbarung nach Abwägung allen Für und Widers bei zwei Stimmhaltungen zu.

Der Durchbruch im Tarifstreit hat erst stattfinden können, nachdem der Arbeitgeberforderung nach Verlängerung der geltenden Tarifverträge um einen Monat bis 30. April 1992 zugestimmt wurde. Das hat aber zur Folge, daß die nächsten Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Ost und West weiter zeitlich voneinander getrennt werden.

Auch wird es eine Anerkennung der Dienstjahre in der DDR und ihre Berücksichtigung in der tariflichen Einstufung erst zum 1. Dezember und nicht rückwirkend zum 1. Juli geben.

Um weiterhin freie Hand bei Veränderungen in der Struktur und bei der Abdrängung von politisch vorbelasteten Arbeitnehmern zu haben, wurde auch

die Unkündbarkeit ab einem bestimmten Dienstalter bzw. Alter nicht mit in den Tarifvertrag übernommen.

Die ÖTV-Verhandlungsführer sind froh, der soziale Frieden in den neuen Bundesländern kann wiederhergestellt werden. Ob er anhält, wird sich zeigen.

Die Diskriminierung der Mediziner, des Pflegepersonals, der Lehrer, der Angriff auf ihre Ehre in den letzten Monaten waren schändlich.

Eine wichtige Erkenntnis im Vorfeld dieser Tarifverhandlungen war, daß das Zusammenstehen zum Erfolg führen kann. Beispielfaßlich die Solidarität von Ost- und Westdeutschen, von Gewerkschaften, Berufsverbänden und Arbeitnehmern, ja selbst die Ministerpräsidenten der fünf neuen Bundesländer fühlten sich in der Verantwortung.

Für Arbeitnehmer der Post und Eisenbahn, die jetzt um Anerkennung verhandeln, gibt es ein gutes Hinterland.

Eines mußte allerdings dazu: In den Verhandlungen wurde festgelegt, daß Zeiten jeglicher Tätigkeit beim MfS oder AfNS nicht für die Dienstzeit angerechnet werden. Entsprechendes soll auch für die aufgrund einer besonderen persönlichen Systemnähe zurückgelegten Zeiten gelten. Damit wird der Ausgrenzung Tür und Tor geöffnet. So kann zum Beispiel die Tätigkeit als Parteisekretär oder jede ähnliche gesellschaftliche Funktion im Einzelfall zur Nichtanerkennung der Dienstzeiten führen.

Jetzt kommt es darauf an, vor Ort die Arbeitgeber auf die Einhaltung der tarifrechtlichen Regelungen hinzuweisen.

— (bst)

Die Treuhand wirtschaftet wie ein Konzern

Demokratische Kontrolle über die Eigentumsverwendung wäre ins Auge zu fassen

In den neuen Bundesländern, besser vielleicht in der ehemaligen DDR, ist der größte Konzern der Welt entstanden, die Treuhand. Sie hat die Macht über die Wirtschaft von Genossen Mittag, Schack-Goldkowsky und Co., d.h. über das gesamte ehemalige Volkseigentum übernommen. Eigentum ist das Stichwort. Ein Treuhändler ist normalerweise dazu da, das Eigentum von Menschen auf Treu und Glauben zu verwalten, die es zeitweilig oder auf Dauer selbst nicht verwalten können oder wollen.

Was die ehemaligen DDR-Bürger angeht, so sind sie eigentlich nie gefragt worden, ob sie ihr Eigentum selbst verwalten wollen. Was die technische Seite der Befragung angeht, wäre es ziemlich einfach gewesen, in Verbindung mit der Auszahlung des Begrüßungsgelds auch gleich eine Verzichtserklärung unterschreiben zu lassen. Dann hätte das Begrüßungsgeld wahrscheinlich weniger ehrliche Freudentränen ausgelöst. Aber Eigentum war das Stichwort oder anders: wem gehört was. Der Treuhand gehört jedenfalls nichts, den Mitarbeitern der Treuhand auch nicht, bis auf die, die zumindest den Eindruck erwecken, das Verkäufe des Volkseigentums für sie keinen Nachteil bedeuten. Den Ländern und Kommunen auf dem Territorium der ehemaligen DDR scheint das zu gehören, was sie vor 1945 auch schon verwalteten. Das müssen sie aber beweisen. Beweisen müssen auch ehemalige Privatbesitzer, was ihnen gehörte.

Dem Volk der ehemaligen DDR gehörte nichts, das muß nicht erst bewiesen werden. Denn, wenn dem Volk, und nicht nur dem Volk der ehemaligen DDR, etwas gehören würde, hätte das Volk ein Recht der Kontrolle, was mit einem Eigentum gemacht wird. Dieses Recht würde gegen die Prinzipien der Marktwirtschaft verstoßen, und das hätte den Zusammenbruch der Wirtschaft zur Folge, wie der Zusammen-

bruch des „realen“ Sozialismus gerade bewiesen hat.

Reprivatisieren und dann durch die Privatwirtschaft sanieren ist die Devise. Im Leben stellt sich für die Privatbesitzer die komplizierte Frage, ob sie ihr Unternehmen sanieren oder die Arbeitsplätze erhalten sollen. Wenn man gegenwärtig die Zeitungen liest, scheinen die Privateigentümer mehr ihren Profit als die Arbeitsplätze im Auge zu haben. Manche behaupten sogar, daß Betriebe von der Treuhand nur zum Zweck aufgekauft wurden, um sie als lästige Konkurrenten auszuschalten. Das zu verhindern, dazu ist die Treuhand da!

Die gesamte Volkswirtschaft der ehemaligen DDR war marode, war dem Wettbewerb des freien Marktes nicht gewachsen. Sie mußte deshalb zusammenbrechen. Da ist sicher viel Wahres dran. Aber ist nicht ein großer Teil zusammengebrochen, weil außer dem Wettbewerb auch durch andere, nicht dem Wettbewerb zuzuordnenden Maßnahmen, dem Zusammenbruch zum Durchbruch verholfen wurde? Aber so richtig zu verstehen ist der Zusammenbruch erst dann, wenn auch danach gefragt wird, wer denn durch den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft gewonnen und wer verloren hat.

Verloren haben die Ossis ihre Arbeitsplätze, ihre „überdrehten“ sozialen Maßnahmen (von Mieten bis Kindergartenplätzen), verloren hat die Masse der kleinen Steuerzahler im Westen, die jetzt einen Teil der Ossis mit durchschleppen müssen. Und wer hat gewonnen? Nun raten Sie mal?

Die Arbeit in der Treuhand ist anstrengend, voller Kritik von allen Seiten, und wie das Beispiel Rohwedder zeigt, gefährlich. Trotzdem finden sich immer wieder Menschen, die die Kritik, die Gefahr und all die Widerwärtigkeiten auf sich nehmen und in der Treuhand arbeiten. Wie edel sind doch die Menschen! Zweifel kommen trotz all dieser erkennbaren Gefahren immer wieder

von allen möglichen Nörglern auf. Die Nörgler und Besserwisser werden noch durch solche ständigen Meldungen in der Presse gestärkt wie in der Berliner Morgenpost vom 29.9.91 mit der Schlagzeile: „Verkaufte Treuhand 130-Mio.-Objekt für eine DM?“

In dem Artikel heißt es: „So hätten ein Treuhand-Direktor und ein Vorstandsmitglied das 130 Mio. DM dotierte Geräte- und Regler-Werk Teltow (GRW) bei Berlin für eine Mark verkauft. Manipulierte Rechnungen, so heißt es, erwecken den Eindruck eines 120-Millionen-DM-Gewinns.“

So weit zu dem Zitat. Solche Artikel, mit gleichem oder ähnlichem Inhalt, lassen sich in den Zeitungen sehr oft finden.

Nach der Wende hätten solche Meldungen im Zusammenhang mit der alten Staatsmacht zu Aktionen von Bürgern geführt. Krolkowski, Mitglied des Politbüros der SED, hat, wie bekannt wurde, 1 Mio. DDR-Mark veruntreut, das haben noch DDR-Staatsanwälte ermittelt. Und es wird Zeit, daß in diesem Fall ein Urteil gefällt wird.

Aber im Lichte der Meldungen, die im Zusammenhang mit der Treuhand öffentlich werden, scheint es sich ja bei Krolkowski um einen Bagatelldelikt ähnlich wie bei Tisch zu handeln. Was ist schon eine Million DDR-Mark, lächerlich. Da geht es doch heute ganz anders zu!

Die Haltung der Leute zu den Vorgängen, insbesondere der Ossis, ist nur dann zu erklären, wenn sie mit der Idee verbunden ist: wem ich mein (Volks-)Eigentum freiwillig und ohne zu zögern übergebe, der wird mich anschließend auch gut behandeln! Ob die, die so denken, wohl recht behalten werden? Besser wäre wahrscheinlich, nicht auf Besserung im Verhalten der Treuhand zu hoffen, sondern eine demokratische Kontrolle der einfachen Leute über die Verwendung ihres Eigentums ins Auge zu fassen. — (M. Walter)



Die Charité-Beschäftigten sind als erste für die Anerkennung der Vordienstzeiten auf die Straße gegangen; sie haben sich von Anfang an gegen den Krankenhausplan gewehrt; und sie ließen sich weit weniger als andere zur Stasi-Hatz benutzen. Der Senat drohte mit Schließung, Berlin könne sich keine drei Universitätskliniken leisten. Nach massiven Protesten steht nun fest: Die Charité bleibt als eigenes Klinikum der Humboldt-Universität erhalten. Sie muß jedoch rund 400 Betten abbauen. — (har)

„Wir geben dem baskischen Volk eine neue Initiative des Kampfes aus den Gräben der Knäste bekannt: Eine unbefristete und ununterbrochene Kette von Hungerstreiks!“ Mit diesen Worten gab das baskische Gefangenenkollektiv, welches sich aus 60 Frauen und 418 Männern zusammensetzt, in der Tageszeitung *egin* am 30. September den Beginn einer neuen Phase im Kampf der Gefangenen für ihre Zusammenlegung in baskischen Knästen bekannt. Die Kette begannen 38 Gefangene in den Knästen von Ceuta, Ibiza, Mallorca, Salto del Negro und Tenerife-2, alle außerhalb der iberischen Halbinsel, teilweise Tausende von Kilometern von ihrer Heimat entfernt. Die Kette wird aus Hungerstreiks von jeweils sieben Tagen gebildet und wird am 6. Oktober von den Gefangenen in den Knästen Andalusien fortgesetzt.

Im Januar 1992 ist es fünf Jahre her, seit die spanische Regierung mit der Verteilungsstrategie gegen die politischen Gefangenen eine neue Ära der Repression einläutete. Die Resultate sind — für „Demokraten“ — ernüchternd. Nicht ein einziger Gefangener konnte wiedereingegliedert werden, und die baskische Massenbewegung für die Gefangenen wird jährlich stärker.

„Die Zerstreuung der baskischen politischen Gefangenen verletzt die Menschenrechte. Es muß respektiert werden, daß die baskischen Gefangenen das Recht haben, in ihrer eigenen Heimat zu sein und von ihren Familien besucht werden können, weil diese für die Delikte ihrer Kinder keine Schuld tragen.“ Niemand Geringerer als der heutige Staatspräsident Felipe Gonzalez sprach diese Worte 1979 in Soria. Acht Jahre später, 1987, war es Gonzalez' Justizminister, der eben dieses Menschenrecht mit Füßen zu treten begann, indem er die Zerstreuungsstrategie im Kampf gegen die baskischen politischen Gefangenen einführt.

Die gegenwärtig 478 baskischen politischen Gefangenen sind seither vollends der Willkür des spanischen Staates ausgeliefert. Jeder Repressionschub belegt wieder aufs Neue, daß die Beschreibung ihrer realen Situation als Geiselnicht aus der Luft gegriffen ist. Nachdem die Gefangenen während Jahren in einigen wenigen Hochsicherheitsgefängnissen nach bundesdeutschem Modell konzentriert waren, wurden sie erst zögernd, dann — nach dem Abbruch der politischen Gespräche mit ETA in Algerien 1989 — überstürzt auf knapp 100 Gefängnisse im ganzen spanischen Staat verteilt. Mit diesem Angriff auf die kollektiven Überlebensstrukturen der Gefangenen, mit der Verlegung in teilweise abgelegene Regionen des „unteilbaren Vaterlandes“ (Verfassung) war zugleich eine Verschärfung der Haftbedingungen verbunden, die alle noch so geringen Schutzvorkehrungen zugunsten der physischen und psychischen Integrität der Gefangenen ausmerzt: Isolationsfolter, fehlende medizinische Betreuung, Kontaktsperren

Für die Zusammenlegung in baskischen Knästen und eine politische Lösung des Konflikts

Unbefristete Hungerstreikkette der baskischen politischen Gefangenen

Am 30.9. begannen die baskischen Gefangenen außerhalb der Iberischen Halbinsel eine unbefristete Hungerstreikkette, an der sich alle gegenwärtig 478 baskischen politischen Gefangenen beteiligen.

gegenüber Freunden und Angehörigen, Verbot von Ausbildungsprogrammen, Bedrohung, Mißhandlungen und Folter durch verhetzte Aufseher prägen den Knastalltag. In der Folge haben die baskischen Gefangenen alles erlebt. Hungerstreikenden wurden ärztliche Untersuchungen verweigert, ganze Abteilungen wurden von Einheiten der Guardia Civil tagelang besetzt, vergiftetes Essen wurde verabreicht — und was sonst der Schikanen überhaupt denkbar ist. Innerhalb des bisherigen Spezialregimes für politische und andere aufmüßige Gefangene wurde 1989 eine Spezifizierung geschaffen. Die Gefangenen befanden sich fortan in einem von drei Graden, die wiederum in drei Phasen aufgeteilt sind. Wer pariert, kann aufsteigen und in den Genuß von „Privilegien“ kommen.

Ziel: die Abschwörung

Wer den Zynismus der Apostel der „sozialen Wiedereingliederung“ kennt, darf nicht erstaunt sein, wenn in den offiziellen Verlautbarungen des Justizministeriums alle diese Schikanen als Maßnahmen zur friedlichen Rückführung der Gefangenen in die Gesellschaft angepriesen werden. Während sich liberalere Kreise ihren Selbstbetrug eines humanistisch aufgemotzten Sprüchens ihres Lieblingsministers Enrique Mugica kosten lassen, verführte der reaktionäre Instinkt das Massenblatt *ABC* zur unmißverständlichen Formulierung dessen, was da auch heute noch immer Sache ist: „Die Verlegung der Gefangenen wird als notwendig erachtet, um den Zusammenhalt unter den gefangenen Etrras zu brechen und ihren Forderungsdruck und ihre Moral herabzusetzen.“ Und daß zur Erreichung dieses Zieles alle Mittel recht sind, darf nach den jüngsten Enthüllungen über eine GAL im Knast als solider politischer Konsens aller verfassungstreuen Kräfte vorausgesetzt werden. Oder in der Schreibe der regierungsfreundlichen *El Pais* ausgedrückt: „Eine kohärente antiterroristische Strategie bringt eine spezifische Politik gegenüber den Gefangenen mit sich.“ Diese spezifische Politik gegenüber den politischen Gefangenen zeitigte denn auch ihre Resultate: Am 2. März 1988 nahm sich der 33jährige baskische Gefangene Mikel Lopetegi in seiner Zelle in Herrera das Leben. Am 15. Juni desselben Jahres starb der 30jährige Juan Carlos Alberdi mangels medizinischer Betreuung an „natürlichen Ursachen“. Ebenfalls ungenügend medizinisch betreut

wurde der 58jährige baskische Gefangene Mikel Zalakain, der am 30. November 1990 im Knast von Martutene starb. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang auch die zwei Angehörigen, die 1990 auf dem langen Weg zum Knast von Sevilla (!) tödlich verunglückten.

Widerstand drinnen und draußen

Die ganzen Anstrengungen verliefen im Sande: Die Knastdirektionen mußten bald einmal dazu übergehen, die Gefangenen ohne vorhergehende Kniefälle in die höheren Grade zu befördern, wovon sie sich eine Spaltung des Kollektivs ausrechneten. Gefangene, die zuvor während Monaten in Iso-Trakten gehalten worden waren, bekamen plötzlich Urlaubsangebote. Spekulationen in der Presse über bevorstehende Erfolge im Wiedereingliederungsprogramm wurden bald zunichte gemacht von der klaren Stellungnahme der Gefangenen. Obwohl die Gefangenen zersplittert wie nie zuvor und teilweise Tausende von Kilometer auseinandergelegt wurden, schafften sie es, am 1. August 1989 eine gemeinsame Aktion zu lancieren: die unbefristete Selbstschließung. Die Gefangenen weigerten sich über ein knappes halbes Jahr hinweg, ihre Zellen für sogenannte Gemeinschaftsaktivitäten oder den Hofgang zu verlassen. In einer vom gesamten Kollektiv unterzeichneten Erklärung hielten sie dazumal ihre Position gegenüber der Strategie des Staates fest: „Schon die alleinige Existenz eines zusammenhängenden und organisierbaren Gefangenenkollektivs bedeutet eine nicht assimilierbare Tatsache für einen Staat, der sich gerne ‚demokratisch‘ nennt und den Anspruch politischer Toleranz für sich erhebt. Trotz der tausendundeinem Repressionsexperimente, die an uns ausprobiert werden, bleiben wir unseren politischen Zielen und Überzeugungen, die uns hier hinein gebracht haben, treu, insbesondere der Auffassung, daß das heutige politische System dem baskischen Volk keine reelle Überlebensmöglichkeit bietet!“ Zum Grund für die verstärkte Repression gegen sie bemerkten die Gefangenen: „Die operative Fähigkeit unserer Organisation und die gleichzeitige polizeiliche Unfähigkeit, den Vormarsch der bewaffneten Organisation zu bremsen, haben die Regierung dazu bewogen, ein indirektes Druckmittel auf die Organisation zu suchen, die Erpressung, um dadurch die Auseinandersetzungen zugunsten ihrer Möglichkei-

ten und Interessen zu beeinflussen. Und das Opfer dieser Erpressung ist im Juli 1989 niemand anders als das Kollektiv der baskischen politischen Gefangenen.“

Es war die Zeit, als die bewaffnete Organisation ETA selbst, die nie zuvor (auch nicht während des Faschismus) Aktionen gegen Gefängnisse durchgeführt hatte, diese Strukturen zu militärischen Zielen erklärte. Gefängnisdirektoren und Funktionäre wurden seither immer wieder von ETA angegriffen. Nie zuvor waren die Bedingungen in den spanischen Knästen derart inhuman, zumindest was die baskischen politischen Gefangenen anbelangt.

Der unbefristeten Selbstschließung folgten weitere Protestaktionen: Im Dezember 1989 befanden sich die zu dieser Zeit 600 baskischen Gefangenen acht Tage im Hungerstreik, seither erkämpfen sich immer wieder einzelne Gefangenengruppen in den verschiedenen Knästen durch Hunger- und/oder Durststreiks kleine Verbesserungen ihrer Situation.

Die Mobilisierungen „draußen“ haben dazu sicher auch einen wesentlichen Teil beigetragen. Jährlich im Dezember fahren immer mehr Menschen Hunderte von Kilometern, um in der Einöde vor dem Knast von Herrera de la Mancha ihre Solidarität mit den Gefangenen zu bekunden. Letztes Jahr waren es über 13000. Nur drei Wochen danach, am 18. Januar 1991, demonstrierten in den Straßen Bilbaos 30000 Menschen für die Rechte der Gefangenen.

Scheitern der Repression

Es geht dem baskischen Gefangenenkollektiv heute nicht besser als auf dem Höhepunkt der Verteilungsstrategie vor zwei Jahren. Aber die deklarierten Ziele der spanischen Regierung wurden auf diese Weise nicht erreicht. Im Gegenteil. Die Strategie hat versagt. Einerseits konnten bis heute der Öffentlichkeit — obwohl immer wieder angekündigt — keine Erfolgszahlen der „Wiedereingliederungskampagne“ genannt werden, und andererseits hat das Vorgehen zu einem Erstarken der Massenbewegung für die Gefangenen geführt. Die sozialdemokratische PSOE-Regierung versuchte mit ihrer Zerstreuungspolitik und der physischen Zerstörung des Gefangenenkollektivs auch einen politischen Kampf gegen diejenigen zu gewinnen, die sich noch um das Wohlbefinden und die Rechte der Gefangenen kümmerten. Diesen Kampf hat sie

verloren. Die baskischen Gefangenen sind heute in der baskischen Gesellschaft stärker verwurzelt denn je zuvor, besitzen Kommunikationsmedien und genießen aktive Unterstützung in allen Stadtteilen und Dörfern Euskadis. Der Versuch, die Existenz baskischer Gefangener zu entpolitisieren, ist auf der ganzen Linie gescheitert. Demonstrationen wie die der 30000 Frauen, Männer und Kinder Anfang des Jahres in Bilbao belegen dies immer wieder aufs Neue.

Dies festzustellen ist umso wichtiger, als die Geschichte im spanischen Staat in den letzten Jahren einen entgegengesetzten Verlauf nahm. Die Verletzung der Menschenrechte in den Knästen ist kein öffentliches Thema mehr, die Massenmedien üben Selbstzensur, gegen die „Terroristen“ ist jedes Mittel recht. Tragisches Beispiel hierzu bot der mehr als ein Jahr dauernde Hungerstreik der GRAP-Ge-fangenen, den der Gefangene Manuel Sevillano mit dem Leben bezahlte und der den Gefangenen nicht die geringsten Verbesserungen einbrachte. Ihr Kampf wurde totgeschwiegen, vergessen und verdrängt — je länger er dauerte, desto hartnäckiger.

Dies zu tun, versucht die spanische Regierung ab und zu auch im Falle des sogenannten „baskischen Problems“. In den Autobussen nach Herrera de la Mancha wurden — wie erwähnt — 13000 Menschen gezählt. Obwohl Hundertschaften von Polizei und Guardia Civil die Autobusse einzeln anhielten und kontrollierten, ließ der Regierungschef der Provinz über die staatlichen Radios verlauten, in Herrera hätten sich im Gegensatz zum Vorjahr nur noch etwa 3000 Menschen versammelt, um für die „Terroristen“ zu demonstrieren.

Eskalierung des Konflikts

Im Bewußtsein um diese Niederlage im Kampf gegen das baskische Gefangenenkollektiv und dessen Volk setzt die PSOE-Regierung gegenwärtig voll auf die Eskalierung des Konflikts. Dazu versucht sie die über 30000 sozialen Gefangenen in den spanischen Knästen gegen die Etrras

Solidarität mit den kämpfenden baskischen politischen Gefangenen! Für ein freies und unabhängiges Baskenland! Euskadi Koordination, 4. Oktober 1991

Solidaritätserklärungen, Telegramme und andere Aktionen an: Gestora pro amnistia, Plaza Berri 2-2, Hernani (Gipuzkoa). Fax +34 43330296 und/oder Euskadi Koordination: Postfach 7323, 8040 Zürich. Fax +41 12727704. Weitere Informationen ebenda. Leicht gekürzt aus: Baskenland Informationsdienst Nr. 5/91, 4. 10 91 — (anl)

aufzuhetzen. Mehrere soziale Gefangene denunzierten unabhängig voneinander in der Öffentlichkeit Erpressungsversuche, wonach sie politische Gefangene entführen und umbringen sollten. Der unglückliche Verlauf eines ETA-Anschlages auf den Direktor von Sevilla-1 (bei der Explosion einer Paketbombe starben zwei soziale Gefangene und eine Angehörige) wurde von den Justizbehörden umgehend dazu benutzt, eine knastinterne Kampagne gegen die „Politischen“ zu lancieren. Daß auch dieser neuerliche Versuch scheitern wird, hat sich bereits abgezeichnet. Von den unmenschlichen Lebensbedingungen in spanischen Knästen (bis 50 Grad in fensterlosen Zellen), der praktisch inexistenten medizinischen Betreuung, der überdurchschnittlich hohen Rate an AIDS-Infizierten und dem brutalen und willkürlichen Regime durch Schließer und Guardia Civil sind eben auch die sozialen Gefangenen betroffen.

Stellungnahme der Euskadi Koordination

Die baskischen Gefangenen greifen nach einer Reihe von Kämpfen in einzelnen Knästen zwei Jahre nach ihrem letzten kollektiven Hungerstreik (Dezember 1989) und nach dem eininhalb-jährigen (erfolglosen) Hungerstreik der spanischen Gefangenen aus GRAP-Ge-fangenen aus GRAP-Ge-fangenen zu einem der letzten Mittel, das Gefangenen bleibt. Dem Einsatz ihres eigenen Lebens. Es gilt nunmehr denn je zuvor, die Gefangenen in diesem Kampf international zu unterstützen und die auf Zerstörung der politischen Gefangenen ausgelegte Politik der spanischen Regierung zu denunzieren und zu verhindern. Die baskischen politischen Gefangenen fordern nichts mehr als ein von der spanischen Gefängnisordnung legitimes Recht auf eine Inhaftierung nahe ihren Angehörigen, sprich in Knästen im Baskenland. Sie widersprechen außerdem allen vom spanischen Staatssicherheitsdienst geäußerten Verleumdungen, wonach das baskische Gefangenenkollektiv gebrochen und gespalten sei. In dieser Reihe von Propagandalügen ist auch die Information von Nachrichtenagenturen zu sehen, wonach die Gefangenen gegen ihren Willen von der baskischen bewaffneten Organisation ETA zu dieser Aktion aufgerufen worden wären. Der nun begonnene Hungerstreik ist alleine auf Initiative der Gefangenen selber und ohne Einfluß von außen beschlossen worden. Ein von den Nachrichtenagenturen zitiertes Communiqué der Organisation ETA existiert nicht.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).
- ☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

21/91

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel. 0221/21 64 42

Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über Arbeitsgemeinschaft Kommunale Nachrichten, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 64 42, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax 0221/21 53 73. Konten: Postgroat Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 10419-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 37010111, Kto. Nr. 1144393600

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet

26; DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52; DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten

Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rudiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien: Diskussion, Dokumentation, Spezialberichte: Alfred Küster. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayenscher Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie AGM, der AG Medien in der Volksfront AGMe, des NH Chemische Industrie AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik AGB, der AG für Kom-

munalpolitik AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1 — Beilagenhwas: Postfach 260226, Köln 1. Beilage: Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226. GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76. GNN Verlagsgesellschaft Westfalen Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62. GNN Verlag Niedersachsen/Bremen Grenzweg 4, 3000 Hannover 1. GNN Nordrhein-Westfalen: Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1. GNN Verlag Hessen: Postfach 110822, 6000 Frankfurt 11. GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1. GNN Verlagsgesellschaft Bayern Holzstr. 2, 8000 München 5.